

Inhaltsverzeichnis

1. Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft	
2. Mitschreiben	
3. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft	
4. Meinhard Miegel	
5. Bayer	
6. E.ON	
7. BP	
8. Ludwig-Erhard-Stiftung	
9. Jenaer Allianz	
10. Die Familienunternehmer - ASU	
11. Institut für Wirtschaftspolitik	
12. Walter Eucken Institut	
13. Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	
14. Thomas Straubhaar	

Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft

Dieser Artikel ist unvollständig! [Helfen Sie mit ihm zu verbessern!](#)

Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft

[[Bild:<date>|center]]

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Förderung neoliberaler Ideen

Gründungsdatum 4. Februar 1994

Hauptsitz Städtisches Kaufhaus Leipzig,
Neumarkt 9-19, Leipzig

Lobbybüro

Lobbybüro <text>

EU

Webadress [<url>]
e

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	2
2 Organisationsstruktur und Personal	3
2.1 Verbindungen	3
3 Finanzen	4
4 Lobbystrategien und Einfluss	4
5 Fallstudien und Kritik	4
6 Weiterführende Informationen	4
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
8 Einzelnachweise	4

Kurzdarstellung und Geschichte

Die am 4. Februar 1994 gegründete Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft) ist ein neoliberales Netzwerk, das eng mit der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#) und dem Zentrum für internationale Wirtschaftsbeziehungen, Leipzig, kooperiert. Die Hälfte der Vorstandsmitglieder sind auch Mitglieder des Vorstands der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#). Die Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft hat keine eigene Website. Bei Veranstaltungen, an denen sie beteiligt ist, wird auf den Link zur [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#) verwiesen (z. B. 2. Konvent zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft vom 28. Februar 2011).

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder des Vorstands sind:

Rolf Hasse (Präsident)

- Kommissarischer Leiter des Fraunhofer Zentrums für Mittel- und Osteuropa (MOEZ)
- Stellvertretender Direktor des Zentrums für internationale Wirtschaftsbeziehungen in Leipzig, dessen Ausrichtung maßgeblich von [Meinhard Miegel](#) geprägt wurde
- Stellv. Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- Wissenschaftlicher Betreuer im Promotionskolleg der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)^[1]

Christian Milow (Vizepräsident)

- Honorarprofessor am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig
- ehem. Präsident der Landeszentralbank in Sachsen und Thüringen

Friedrun Quaas (Vizepräsidentin)

- Wissenschaftliche Mitarbeiterin und außerplanmäßige Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Leipzig
- Wissenschaftliche Betreuerin im Promotionskolleg der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)^[2]

Bernd W. Voss (Schatzmeister)

- ehemaliger Vorstand der [Dresdner Bank](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#) und Mitglied des Aufsichtsrats von Wacker Chemie und Continental
- Mitglied des Vorstands der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

ehemaliges Vorstandsmitglied: **Hubertus Schmoldt** (Vizepräsident)

- ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie
- Mitglied des Aufsichtsrats von [Bayer](#), [E.ON](#), [BP](#) und [Ruhrkohle](#)
- Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

(Quellen: Websites der genannten Organisationen sowie Vereinsregister des Amtsgerichts Leipzig, Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft, Abruf vom 11. März 2013, VR 2192)

Verbindungen

Jenaer Allianz

Die Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft gehört der 2008 gegründeten [Jenaer Allianz](#) an, einem Kooperationsnetzwerk von Organisationen, Institutionen und Personen, die sich der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft nach neoliberalen Vorstellungen verpflichtet fühlen. Weitere Mitglieder der Jenaer Allianz sind:

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Bund Katholischer Unternehmer](#) e.V.

- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Institut für Wirtschaftspolitik](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut.](#)

Zu den Initiatoren der Jenaer Allianz zählt auch das [Hamburgische WeltWirtschaftsInstitut](#), dessen Präsident [Thomas Straubhaar](#) die Gründung des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) im Jahr 2007 initiiert hat.^[3]

Finanzen

Finanzierung, Ressourcen, Geldgeber, Kunden

Lobbystrategien und Einfluss

Ziele, Interessen, Ausrichtung (national vs. europ/internat.), Politikfelder erkennbare Konstanten, Einflussstrategien Abschätzung des Einflusses, Wichtigkeit des Akteurs

Fallstudien und Kritik

genauere Recherchen zu einzelnen Lobbyprojekten, Kampagnen

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Eine weitere Perspektive auf das Institut für Wirtschaftspolitik, journal Universität Leipzig 4/2011](#)
2. ↑ [Eine weitere Perspektive auf das Institut für Wirtschaftspolitik, journal Universität Leipzig 4/2011](#)
3. ↑ [Über uns Geschichte des hwwwi, Website HWWI, abgerufen am 1. 10. 2011](#)

Mitschreiben

Lobbypedia ist auf deine Beiträge angewiesen. Wir sind für Hinweise, Verbesserungsvorschläge, Korrekturen und Kritik dankbar. Hier kannst du dich [mit den Zielen und Grundsätzen](#) von Lobbypedia vertraut machen.

So kannst du mitmachen:

- **Hinweis geben, Fehler melden:** Du kannst uns Anmerkungen, Hinweise oder Verbesserungsvorschläge [per E-Mail](mailto:lobbypedia@lobbycontrol.de) (lobbypedia@lobbycontrol.de) schicken. Die Hinweise werden von den AutorInnen regelmäßig durchgegangen und aufgegriffen.
- **Unterstütze unsere Arbeit mit einer Spende:** Hilf uns, den Lobbyisten kritisch auf die Finger zu gucken und die Lobbypedia weiter auszubauen. LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein. Wir stellen für Spenden eine steuerabzugsfähige Spendenquittung aus. [Jetzt spenden!](#)

Weiterführende Informationen

- [Redaktions-Prinzipien](#)
- [Über Lobbypedia](#)
- [Kontakt/Impressum](#)

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	23. Januar 1953
Hauptsitz	Tübingen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.asm-ev.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	6
2 Alexander Rüstow	6
3 Organisationsstruktur und Personal	6
3.1 Vorstand	6
3.2 Beirat	7
4 Kooperationen	8
5 Förderer	8
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8
7 Einzelnachweise	8

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. (ASM), ein eingetragener Verein mit Sitz in Tübingen, wurde 1953 als eine Vereinigung von Wissenschaftlern, Unternehmern, Verbänden und Privatpersonen gegründet.^[1] Nach eigenen Angaben setzt sich die ASM für den Schutz und die Förderung des Privateigentums, die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers und den Leistungswettbewerb als Grundlage einer gerechten Gesellschaft ein. Die Soziale Marktwirtschaft wolle die Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich verbinden. Doch erst die marktwirtschaftliche Leistung mache sozialen Fortschritt möglich. Der einzelne Mensch werde nicht allein gelassen, doch dürfe ihm die individuelle Verantwortung nicht abgenommen werden. Die ASM organisiert Veranstaltungen, erstellt Publikationen (Schriftenreihe „Marktwirtschaftliche Reformpolitik“) und verleiht die „Alexander Rüstow-Plakette“.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Ausbildung der jungen Generation verfolgt die ASM das Projekt "Soziale Marktwirtschaft im Unterricht". Dabei sollen auch der Gedanke einer Weiterentwicklung von Regeln im Sinne des neoliberalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) didaktisiert werden.^[2]

Alexander Rüstow

Alexander Rüstow (geboren 1885 in Wiesbaden, gestorben 1963 in Heidelberg) war bis 1962 Vorsitzender und danach Ehrenvorsitzender der ASM. Er war ein aufgeklärter und differenziert denkender Wirtschaftsliberaler, der den Markt zwar als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, nicht jedoch als Allheilmittel betrachtete:

„Der schwerste Fehler des Liberalismus liegt in seinem Pseudouniversalismus, seiner Blindheit für die Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die seine Geltung begrenzen“.^[3]

Aus der Erkenntnis heraus, dass die Wohltaten des Marktes nur bei funktionierendem Wettbewerb entstehen können, forderte Rüstow eine konsequente Wettbewerbspolitik mit striktem Kartellverbot, Fusionskontrolle und Entflechtungsmöglichkeiten. Er ging sogar so weit, die Sozialisierung von Unternehmen zu empfehlen, deren Monopolstellung unvermeidlich ist: „Sozialisierung aller Wirtschaftszweige, die wie insbesondere der Schienenverkehr und die public utilities, aus natürlichen, technischen oder sonstigen Gründen eine unvermeidliche Monopolstellung haben (Sozialisierung der Rüstungsindustrie dürfte sich auch noch aus anderen als wirtschaftlichen Gründen empfehlen). Solange doch noch ausnahmsweise private Monopole, insbesondere Trusts, bestehen: scharfe Staatsaufsicht mit Preisgenehmigung und Lieferzwang“.^[4]

Solche Positionen werden von den heutigen Repräsentanten der ASM nicht mehr vertreten. Diese unterscheiden sich in ihrer Marktgläubigkeit und dem Motto „mehr Markt – weniger Staat“ nicht von den anderen neoliberalen Netzwerken, mit denen sich die ASM auch personell überschneidet.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

(Stand: August 2023)

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen mit Verbindungen zu den folgenden Organisationen:
 - [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow

- Görres-Gesellschaft: Vorstandsmitglied
- [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen (ZÖBIS), Mitglied des Kuratoriums
- Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle, Verantwortlicher des Projekts Ordnungsethik
- [NOUS](#): Mitglied
- Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft der Konrad Adenauer Stiftung, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Ratio Institute](#): Associate Fellow
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): ehem. Mitglied
- Rolf Hasse (Stellv. Vorsitzender), emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft der Konrad Adenauer Stiftung
- [Karen Horn](#) (Stellv. Vorsitzende), Publizistin, ist u. a. Mitglied/Funktionsträger der folgenden Organisationen^[5]:
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Walter Eucken Institut](#): Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums
 - [NOUS](#): Co-Vorstandsvorsitzende und Koordinatorin des Trägervereins
 - Herbert Giersch Stiftung: Vorstandsmitglied und operative Geschäftsführerin
 - Friedrich Naumann Stiftung: Vertrauensdozentin
 - [Institut der deutschen Wirtschaft](#): Fellow
 - [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA): Gründungsmitglied der Policy Fellows
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): bis 7/2015 Vorsitzende des Vorstands
- Taiga Brahm. Professur für Ökonomische Bildung und Wirtschaftsdidaktik an der Eberhard Karls Universität Tübingen
- Claus Dierksmeier, Professur für Globalisierungs- und Wirtschaftsethik an der Eberhard Karls Universität Tübingen, Direktor des Weltethos-Institut, Tübingen

Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a. (Stand: August 2023):

- [Lars P. Feld](#)
 - [Walter Eucken Institut](#), Leiter
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), Sprecher "Kronberger Kreis"
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [NOUS](#), Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#), Mitglied
 - [Ratio Institute](#): Associate Fellow
- [Michael Wohlgemuth](#)
 - [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Ratio Institute](#): Associate Researcher
 - Konrad-Adenauer-Stiftung: Mitglied des Ordnungspolitischen Beirats und Kollegprofessor des Promotionskollegs "Soziale Marktwirtschaft"
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen: Mitglied des Kuratoriums

Kooperationen

Die ASM kooperiert mit den folgenden Organisationen:

- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [NOUS](#)
- Promotionskolleg "Soziale Marktwirtschaft" der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- Weltethos-Institut
- [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen (ZÖBiS)

Förderer

Die ASM wird von der Heinz Nixdorf Stiftung gefördert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [ASM/Aufgabe](#), Website ASM, abgerufen am 29.9.2011
2. ↑ [Soziale Marktwirtschaft im Unterricht](#), [Webseite ASM](#), abgerufen am 20.08.2019
3. ↑ Alexander Rüstow: Die Defizite des Liberalismus, in: Alexander Rüstow: Die Religion der Marktwirtschaft, Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Bd. 4, 3. Auflg., Berlin 2009, S. 40
4. ↑ Rüstow: Der dritte Weg, in: Religion der Marktwirtschaft, S. 55
5. ↑ [Karen Horn](#), karenhorn.de, abgerufen am 22.08.2023

Meinhard Miegel

Meinhard Miegel (23. April 1939 in Wien) ist Sozialwissenschaftler, Publizist und Lobbyist. 1977 gründete er gemeinsam mit dem CDU-Politiker Kurt Biedenkopf das bis 2008 bestehende [Institut für Wirtschaft und Gesellschaft](#) (IWG), dessen Hauptanliegen darin bestand, die Öffentlichkeit von der Überlegenheit privater Altersvorsorge zu überzeugen.^[1] Das Institut erstellte zahlreiche Studien für das von der [Deutsche Bank](#) gegründete und finanzierte [Deutsches Institut für Altersvorsorge](#), (DIA), dessen Berater Miegel bis 2006 war. Von 2003 bis 2010 gehörte er u.a. dem Konzernbeirat des Versicherungsunternehmens [AXA](#) an. Seit 2007 ist Miegel Vorstand des "Denkwerk Zukunft - Stiftung kulturelle Erneuerung", das auf die Risiken materieller Wohlstandsmehrung aufmerksam macht.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	9
2 Verbindungen / Netzwerke	9
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	10
4 Einzelnachweise	10

Karriere

(Quelle: ^[2]^[3])

- 2009 - 2010 Wissenschaftlicher Leiter des Ameranger Disputs der Ernst Freiberger-Stiftung
- seit 2007 Vorsitzender des Vorstands des Denkwerk Zukunft - Stiftung kulturelle Erneuerung
- 1995 - 1997 Vorsitzender der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen
- 1992- 1998 Lehrtätigkeit an der Universität Leipzig und Leitung des dortigen Zentrums für internationale Wirtschaftsbeziehungen
- 1977 - 2008 Wissenschaftlicher Leiter des **Institut für Wirtschaft und Gesellschaft** Bonn e.V. (IWG Bonn)
- 1973 - 1977 Mitarbeiter des Generalsekretärs der CDU, Biedenkopf, ab 1975 Mitglied der Geschäftsleitung und Leiter der Hauptabteilung Politik, Information und Dokumentation der Bundesgeschäftsstelle der CDU in Bonn
- 1970 - 1973 Syndikusanwalt und Assistent der zentralen Geschäftsführung der Firma Henkel & Cie., Düsseldorf
- 1969 2. juristisches Staatsexamen
- 1967 Dr. jur.
- 1961 Bachelor of Arts
- 1958 - 1966 Studium der Philosophie, Soziologie und Rechtswissenschaften

Verbindungen / Netzwerke

(Quelle: ^[4]^[5])

- Mitglied im Kuratorium der **Gerda Henkel Stiftung**
- Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der **Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen**
- Mitglied der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" des Deutschen Bundestages
- Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Industrie Service AG
- 2003 - 2011 Mitglied im Wirtschaftssenat des **Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft** (BWA)
- 2003 - 2010 Mitglied des Konzernbeirats der AXA Konzern AG
- 2003 - 2007 Mitglied des Aufsichtsrats der Wall AG
- 2003 - 2007 Sprecher des **BürgerKonvent**
- 1997 - 2006 Wissenschaftlicher Berater **Deutsches Institut für Altersvorsorge** (DIA)
- 2004 - 2005 Mitglied im "Zukunftsrat Stahl" der Wirtschaftsvereinigung Stahl

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Holger Balodis/Dagmar Hühne: Die Vorsorgelüge - Wie Politik und private Rentenversicherungen uns in die Altersarmut treiben, Berlin 2012, S. 67
2. ↑ Lebenslauf Website Denkwerkzukunft, abgerufen am 11. November 2012
3. ↑ Lebenslauf Website iwg-bonn, abgerufen am 12. Novmeber 2012
4. ↑ Lebenslauf Website Denkwerkzukunft, abgerufen am 11. November 2012
5. ↑ Lebenslauf Website iwg-bonn, abgerufen am 12. Novmeber 2012

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von [Monsanto](#) im Juni 2018 ist der Konzern zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Seine Glyphosat-Produkte vertreibt er unter dem Markennamen „Roundup“.

Laut Bundesumweltministerium gefährden Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat die biologische Vielfalt, weil deren Einsatz immer der Beseitigung unerwünschter Pflanzen, Pilze oder Tiere auf den Ackerflächen dient.^{[3][4]} Beim Einsatz von Breitbandherbiziden und -insektiziden werden Pflanzen und Tiere auf den Ackerflächen abgetötet, die gar nicht bekämpft werden sollen, zum Beispiel nützliche Insekten.^[5] Es gibt deshalb einen Interessenkonflikt zwischen den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, die von einem hohen Absatz profitieren, und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die massive Lobbytätigkeit der Agrarchemie gegen Einsatzbeschränkungen zu sehen. Bayer begründet den Einsatz von Pflanzenschutzmittel mit der Steigerung der Effizienz, Erträge und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen.^[6]

Bayer AG



Rechtsform Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich Chemie- & Pharmabranche
Gründungsdatum 1863
Hauptsitz Leverkusen
Lobbybüro
Lobbybüro EU 40 Rue Bollard, 1000 Brussels, (+32) 25502112
Webadresse bayer.de

Der Umsatz des Konzerns, der ca. 100 Tsd. Personen beschäftigt, lag im Jahr 2023 bei 47,6 Mrd. Euro.^[7] Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf den Bereich Crop Science. In Deutschland betrugen die Lobbyausgaben 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Brüssel zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. Für die USA wurden die Lobbyausgaben 2022 mit 17,5 Mio. Euro beziffert.^[8]

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder	11
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	11
2.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben	12
2.2 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen	12
2.3 Treffen mit Vertretern der EU Kommission	13
2.4 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	13
2.5 Mitarbeit in Kommissionen des BfR	14
3 Themen der Lobbytätigkeit	14
4 Parteispenden	15
5 Transparenz	15
6 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	15
6.1 Umstrittene Zulassung von Glyphosat	15
6.2 Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)	16
6.3 Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"	16
6.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	17
6.5 Klagen gegen Monsanto/Bayer	17
7 Sonstige Fallbeispiele und Kritik	18
7.1 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	18
7.2 2015: Intransparente Hochschulkooperation	18
7.3 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	18
8 Weiterführende Informationen	18
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
10 Einzelnachweise	19

Geschäftsfelder

Bayer betätigt sich in den folgenden Bereichen:

- Crop Science (Pflanzenschutz, Saatgut und Pflanzeigenschaften)
- Pharmaceuticals (verschreibungspflichtige Produkte, Spezialtherapeutika und Radiologie)
- Consumer Health (verschreibungsfreie Medikamente)

Auf den Bereich Crop Science entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes.^[9] Die Bayer CropScience Deutschland GmbH ist die deutsche Vertriebsgesellschaft der Division CropScience der Bayer AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Bayer beschreibt seine Lobbytätigkeit wie folgt: „Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich

einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es neben gesundheits- und agrarpolitischen Themen unter anderem um den Fachkräftemangel, den Wert der dualen Ausbildung, Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.“^[10]

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[11] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich.

Die Kosten der politischen Verbindungsbüros des Konzerns beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[12] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden.

Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben der Bayer AG in Deutschland im Jahr 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro.^{[13][14]} Die Zahl der Lobbyist:innen wurde für Deutschland mit 22 (Vollzeitäquivalent: 3,71) angegeben, für die EU mit 76 (Vollzeitäquivalent: 25,9). Die Bayer Crop Science Deutschland GmbH hatte 2023 Lobbyausgaben zwischen 90.001 und 100.00 Euro.^[15]

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit in den USA steht die Reduzierung der Milliardenbeträge, die Bayer für die Beilegung von Glyphosatklagen in den USA ausgibt. Nach Recherchen der Wirtschaftswoche will Bayer über Gesetzesänderungen die Klagen signifikant eindämmen.^[16] So soll der Kongress es den Bundesbehörden untersagen, Warnhinweise auf Produkten zu fördern, bei denen die nationalen Behörden keine besonderen Risiken sehen. Allein im ersten Halbjahr habe der Konzern mehr als 4,3 Mio. Dollar für Interessenvertretung ausgegeben. Das Geld fließe auch in Informationskampagnen, Anzeigen oder Internetseiten, um die öffentliche Meinung im Sinne von Bayer zu beeinflussen. Derzeit arbeiteten in den USA 51 Lobbyisten direkt und indirekt für Bayer. Neben den Lobbyaktivitäten arbeite Bayer auch daran, die Causa Gyphosat vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Laut EU Transparenzregister vergibt Bayer Aufträge an [Lobbyagenturen](#). Die Unternehmen mit dem höchsten Auftragsvolumen waren 2023:

- [Rud Pedersen Public Affairs](#): eine Mio. Euro
- [EUTOP Europe GmbH](#): 400.000 bis 499.999 Euro
- [FIPRA International](#) 100.000 bis 199.999 Euro
- [FS Global](#): 100.000 bis 199.999 Euro
- [Penta \(ehem. Hume Brophy\)](#).: 100.000 bis 199.999 Euro

Quelle: ^[17]

Treffen mit Vertretern der EU Kommission

Zwischen 2015 und Oktober 2024 gab es 51 Treffen von Bayer mit Vertretern der EU-Kommission^[18]

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#) (vfa)
- [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI)
- Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- BIO Deutschland (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- ICC Germany
- econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft
- Industrie-Förderung Gesellschaft mbH
- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
- Westwind
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- British Chamber of Commerce in Germany
- [AmCham Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC)
- European Federation of Pharmaceutical Industries Association (EFPIA)
- The Association of the European Self-Medication Industry (AESGP)
- CropLife Europe (CLE)
- [European Crop Protection Association](#) (ECPA)
- [Plants for the Future](#)
- Euroseeds
- Cosmetics Europe
- [DIGITALEUROPE](#)
- [BITKOM](#)
- [European Justice Forum](#)
- Food Supplements Europe
- MedTech Europe
- COCIR
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [Businesseurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations](#) (EFPIA)

Im Jahr 2022 wurden Mitgliedsbeiträge in folgender Höhe an Wirtschaftsverbände entrichtet:

- International und global: 2,5 Mio. Euro
- Europäische Union: 4 Mio. Euro
- USA 12,5 Mio. Euro
- Brasilien 1,7 Mio. Euro
- China 0,1 Mio.

Quelle: ^[19]

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Themen der Lobbytätigkeit

2023/24 betraf die Lobbyarbeit laut Lobbyregister die folgenden Regelungenvorhaben^[20]:

- Tierschutzgesetz
- Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Genehmigung der sachkundlichen Anwendung von Glyphosathaltigen Produkten ab dem 01.07.2024). Erläuterung: Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebrachte Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen, in der die bestehenden Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat fortgeschrieben werden.^[21] Die Anpassung des deutschen Pflanzenschutzrechts war nötig geworden, weil die EU-Kommission Glyphosat im November 2023 für weitere zehn Jahre zugelassen hatte.
- EU-Pharma-Paket / Pharma-Package (EU General Pharmaceutical Legislative Revision)
- Implementierung der Urban Waste Water Treatment Directive (UWWTD)
- Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln
- Strategie Fachkräftegewinnung

Nach [Recherchen von Corporate Europe](#) ist Bayer Mitglied einer Vielzahl von Verbänden, die in den letzten Jahren und Monaten zu den folgenden EU-Projekten lobbyierten:

- gegen die "Chemicals Strategy for Sustainability" (CSS ist ein Pfeiler des European Green Deal)
- gegen die "REACH revision" (dies hätte die Regulierung von Chemikalien verschärft)
- gegen die "PFAS restriction" (Ziel ist die Regulierung von Chemikalien für die Ewigkeit)
- gegen den "export ban on toxic chemicals and pesticides"
- gegen die "pesticide reduction targets" (SUR -Sustainable Use Regulation)
- für die "expansion of glyphosate use in Europe"
- für die uneingeschränkte Nutzung von "new genetically modified organisms"(new GMOs or NGTs)

Parteispenden

Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[22] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von LobbyControl zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister vorgelegt.^[23] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungsk Kooperationen zwischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Die Lobbyarbeit von Monsanto/Bayer zur Förderung und Zulassung von Glyphosat wird im Artikel [Monsanto](#) und von der NGO Corporate Europe Observatory in [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#) beschrieben.

Umstrittene Zulassung von Glyphosat

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung von Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[24] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[25]

Im November 2023 hat die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat für weitere 10 Jahre verlängert, nachdem sich in einem EU-Berufungsausschuss weder genug Vertreterinnen und Vertreter der EU-Staaten für noch gegen einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen hatten.^[26] Deutschland hatte sich enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen.^[27] Die FDP war für eine Zulassungs-Verlängerung eingetreten, die Grünen waren dagegen.^[28]

Die [Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung](#), die am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist wie folgt begründet worden: „Der Wirkstoff Glyphosat wurde zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2660 der Kommission vom 28. November 2023 erneut genehmigt. Ein vollständiges nationales Anwendungsverbot ist daher gegenwärtig nicht mit EU-Recht vereinbar. Das Inkrafttreten des - vorläufig ausgesetzten - vollständigen Anwendungsverbots wird deshalb aufgehoben. Um keine Verschlechterung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage eintreten zu lassen, müssen die bisherigen Einschränkungen für die Anwendung von Glyphosat-haltigen Pflanzenschutzmitteln zwingend erhalten bleiben, um den Schutz der Artenvielfalt, des Naturhaushaltes und der Gewässer weiterhin sicherzustellen.“^[29]

Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen.^[30] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Der Antrag wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten ([Assessment Group on Glyphosate](#)) sowie der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) am 12. Dezember 2019 vorgelegt.^[31] Am 8. Juni 2020 wurde ergänzend ein Scientific Dossier zur Beurteilung der Sicherheit von Glyphosat übergeben. Der weitere Entscheidungsprozess ist [hier](#) dokumentiert. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.^[32]

Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG.

Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat durfte in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es stand eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit [EFSA](#) hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[33]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[34] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Institut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungsk Kooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[35] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsanto ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor.^[36] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberen Methoden Monsanto tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort.^[37]

Klagen gegen Monsanto/Bayer

Im [Geschäftsbericht 2023](#) berichtet Bayer über die Klagen gegen Monsanto/Bayer wegen vermutlich krebserregender Risiken von Glyphosat: „Bis zum 31. Januar 2024 hat Monsanto in einer beträchtlichen Zahl von Ansprüchen Vergleichsvereinbarungen erzielt oder steht kurz davor. Von insgesamt ca. 167.000 angemeldeten Ansprüchen wurden ca. 113.000 verglichen oder erfüllen aus verschiedenen Gründen nicht die Vergleichskriterien. Bis zum 31. Januar 2024 wurden 19 Verfahren vor Bundes- oder einzelstaatlichen Gerichten mit Geschworenen in Kalifornien, Missouri, Oregon und Pennsylvania abgeschlossen. In zehn dieser Gerichtsverfahren entschieden die Jurys zugunsten von Monsanto. In den übrigen neun Verfahren wurden den Klagenden kompensatorischer Schadenersatz sowie ein Vielfaches davon als sogenannter Strafschadenersatz (punitive damages) zugesprochen. Einige dieser Fälle wurden später verglichen, aber in den meisten Fällen hat Monsanto erstinstanzliche Rechtsmittel oder Berufung gegen die Jury-Entscheidungen eingelegt oder beabsichtigt, das zu tun...Per 31. Dezember 2023 belief sich die Rückstellung von Bayer für den Verfahrenskomplex Glyphosat auf insgesamt 6,3 Mrd. USD (5,7 Mrd. €).“

An der Börse ist Bayer nur noch etwa 30 Mrd. Euro wert - rund halb so viel, wie der Konzern für Monsanto bezahlt hat.^[38]

Sonstige Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur [mhoch3](#).^[39] "In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren."^[40]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[41] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[42]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[43][44]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Siemens](#) etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[45]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[46][47][48][49][50]}

Weiterführende Informationen

- [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#)

- [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#), 23.09.2024
- [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#) 12. März 2020
- Verein [Coordination gegen BAYER-Gefahren](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018
3. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
4. ↑ [Bodenlebewesen werden durch Pflanzenschutzmittel gefährdet](#), umweltbundesamt.de vom 30.08.2024, abgerufen am 07.10.2024
5. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
6. ↑ [Über Produktionssteigerungen hinaus](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
7. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
8. ↑ [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
9. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
10. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
11. ↑ [Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
12. ↑ [Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
13. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
14. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
15. ↑ [Bayer Crop Science Deutschland GmbH](#), lobbyregister.de vom 28.06.2024, abgerufen am 06.10.2024
16. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Glyphosat-Sorgen von Bayer lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
17. ↑ [Bayer AG](#), transparency-register.europa.eu vom 15.03.2024, abgerufen am 05.10.2024
18. ↑ [List of Meetings](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.10.2024
19. ↑ [Bayer Political Advocacy Transparency December 2023](#), bayer.com, abgerufen am 11.10.2024
20. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
21. ↑ [Glyphosat: Anwendungseinschränkungen bleiben bestehen](#), bmel.de vom 14.06.2024, abgerufen am 05.10.2024
22. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
23. ↑ [Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
24. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024

27. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
28. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
29. ↑ [Verordnung zur Änderung der Anwendungsverordnung](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 05.10.2024
30. ↑ [What is the Glyphosate Renewal Group](#), glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
31. ↑ [Glyphosate Renewal in the EU](#), bayer.com, abgerufen am 05.10.2024
32. ↑ [EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an](#), zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
33. ↑ [hier](#) Europäische Kommission, abgerufen am 28.8.2023
34. ↑ [Pflanzenschutzmittel/Glyphosat](#) Umweltbundesamt vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
35. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
36. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
37. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Sorgen von Bayern lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
39. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
40. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
41. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
42. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
43. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
44. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
45. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
46. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
47. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
48. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
49. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
50. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023

E.ON

E.ON ist Deutschlands größter Energiekonzern. Er ist im Jahr 2000 aus einer Fusion der Mischkonzerne Viag und VEBA entstanden. Der Unternehmenssitz ist Essen. Von allen

E.ON	
Rechtsform	Aktiengesellschaft (AG)

deutschen Energiekonzernen betrieb E.ON die meisten Atomkraftwerke.^[1] 2014 gab der Konzern bekannt, sein Geschäft mit konventioneller Energieerzeugung abzugeben und sich stattdessen auf erneuerbare Energien zu konzentrieren.^[2] 2022 sind noch drei Atomkraftwerke am deutschen Netz, eines davon gehört E.ON.^[3]

2019/2020 fand ein Konzernumbau statt. E.ON und RWE vereinbarten, die frühere RWE-Tochter Innogy untereinander aufzuteilen. RWE erhält die erneuerbaren Energien sowohl von Innogy als auch von E.ON. E.ON behält die Sparten Netze und Vertrieb.^{[4][5]}

	E.ON
Tätigkeitsbereich	Energiebranche
Gründungsdatum	16. Juni 2000
Hauptsitz	Brüsseler Platz 1 45131 Essen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60 1000 Brüssel
Webadresse	eon.com

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsbereiche	21
2 Lobbystrategien und Einfluss	22
3 Kontakte zu Instituten	22
3.1 Forschungsinstitut für Energie	22
3.2 Energiewirtschaftliches Institut (EWI)	22
4 Fallbeispiele und Kritik	22
4.1 Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise	22
4.2 Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen	22
4.3 Lobbykampagne für Laufzeitverlängerungen	24
4.4 Klage gegen Spanien vor privatem Schiedsgericht	25
4.5 Bildungsinitiative 3maE	25
4.6 Lobbyisten in Ministerien	25
5 Organisationsstruktur und Personal	25
5.1 Der Vorstand	25
5.2 Lobbyisten	26
6 Weiterführende Informationen	26
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	26
8 Einzelnachweise	26

Geschäftsbereiche

Das Kerngeschäft besteht aus den Geschäftsbereichen Energienetze und Kundenlösungen.

E.ON ist einer der größten europäischen Betreiber von Energienetzen und der größte Verteilnetzbetreiber in Deutschland.^[6] Welche Vorgaben bei Konzessionsverträgen für Strom und Gas in Deutschland zu beachten sind, ist dem [Gemeinsamen Leitfaden von Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur zur Vergabe von Strom- und Gaskonzessionen und zum Wechsel des Konzessionsnehmers](#) zu entnehmen.

Der Geschäftsbereich Kundenlösungen umfasst die Versorgung der Kunden in Europa (ohne die Türkei) mit Strom, Gas und Wärme und bietet Produkte und Dienstleistungen, u.a. zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieautarkie an.^[7] Das „Energy Infrastructure Solutions“- Geschäft umfasst die Aktivitäten zur Dekarbonisierung von E.ONs Geschäfts- und Industriekunden, wie z.B. Projekte für Quartierslösungen und Fernwärme.

Lobbystrategien und Einfluss

Der Konzern kann auf gute Kontakte zur Politik bauen. Sowohl während der schwarz-gelben Bundesregierung von 2009-2013 als auch während der großen Koalition von 2013-2021 gehörte E.ON-Chef Johannes Teyssen zu den Personen, die sich am häufigsten mit Deutschen Spitzenpolitikern trafen.^{[8][9]}

Laut der freiwilligen Auskunft im [Lobbyregister der EU](#) hat E.ON im Geschäftsjahr 2021 zwischen 1,250,000 - bis 1,499,999 Euro für die Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben und hält 2022 fünf Pässe zum EU-Parlament.^[10] Im deutschen Lobbyregister gibt E.ON an (Stand: 28.02.2022), im Jahr 2021 3.040.001 bis 3.050.000 Euro auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[11]

Kontakte zu Instituten

Forschungsinstitut für Energie

E.ON stiftete für das Forschungsinstitut für Energie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen 40 Millionen Euro und finanziert damit gleich fünf Professuren des Instituts. Einer davon ist [Bruno Thomauske](#), Professor für das Fach "Nuklearer Brennstoffkreislauf". Früher war er bei [Vattenfall](#) - später liefert er entscheidende Gutachten für die Bundesregierung über das Atomendlager Gorleben.^[12]

Energiewirtschaftliches Institut (EWI)

E.ON ist Mitglied des Fördervereins des [EWI](#), der einen wesentlichen Einfluss auf die Struktur und Ausrichtung des EWI hat.^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise

2023 hat das Bundeskartellamt Verfahren wegen des Verdachts überhöhter Fernwärmepreise gegen die sieben folgenden Versorgungsunternehmen eingeleitet: Dalkia GmbH, Hamburg; Danpower Energie Service GmbH, Potsdam; Energie SaarLor Lux AG, Saarbrücken; E.ON Hanse Wärme GmbH, Hamburg; RWE Energiedienstleistungen GmbH, Dortmund (früher: ExxonMobil/Favorit Fernwärme GmbH); Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig; Stadtwerke Rostock AG, Rostock.^[14]

Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen

Walter Hohlefelder und [Gerald Hennenhöfer](#)

In den verschiedenen Debatten um die Zukunft der deutschen Atomkraft war E.ON stets an höchster Stelle beteiligt. Den rot-grünen „Atomausstieg“ verhandelten im Jahr 2000 für E.ON u.a. Walter Hohlefelder und

Gerald Hennenhöfer - zwei Personen, die zuvor hintereinander die Abteilung „Reaktorsicherheit“ im Bundesumweltministerium geleitet hatten. Beide wechselten von der Position als "Deutschlands oberster Atomaufseher"^[15] in führende Posten der Vorgängerkonzerne von E.ON. Auf staatlicher Seite verhandelte Alfred Tacke, der wiederum später in die Energiewirtschaft wechselte (siehe unten). Das Ergebnis war ein Vertrag, der von Hohlefeld und Hennenhöfer federführend mitgeschrieben und von den Bundestagsabgeordneten nur noch abgenickt wurde.^[16]

Hennenhöfer wechselte 2009 unter viel Kritik abermals die Seiten und kehrte in das Umweltministerium unter Norbert Röttgen zurück. Die Deutsche Umwelthilfe sah darin einen Verstoß gegen beamtenrechtliche Vorschriften,^[17] da die Atomaufsicht nun von einem Atomlobbyisten geleitet wurde. Ein SPD-Politiker äußerte Befürchtungen, dass die Personalie eine "Entscheidung zur ungebremsten Laufzeitverlängerung für alte Atomkraftwerke" darstelle und die Stromkonzerne nun keine staatlichen Sicherheitsbedenken mehr zu fürchten hätten.^[18] Tatsächlich setzte der ehemalige E.ON-Manager den Weiterbetrieb des Kraftwerks in Grafenrheinfeld durch, obwohl dort Gefahr durch einen Riss an einem Druckbehälter drohte.^[19] Als die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeitverlängerung mit den Energiekonzernen aushandelte, war Hennenhöfer ohne das Wissen seines Ministers maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt. Im Ausschuss, der sich mit den Schadensersatzklagen im Zuge des Atomausstiegs beschäftigte, wurde Hennenhöfer vorgeworfen, absichtlich rechtsfehlerhafte Begründungen für die Abschaltung von Atomkraftwerken durchgesetzt zu haben. So ignorierte er einen detaillierten Entwurf und leitete nur eine kurze Begründung an die Bundesländer weiter, auf deren Grundlage die Konzerne später Klagen einreichten.^[20]

Werner Müller und Alfred Tacke

2002 strebte E.ON die Übernahme des größten deutschen Gaskonzerns Ruhrgas AG an. Zunächst hatten Bundeskartellamt und Monopolkommission die Übernahme untersagt – es wurde ein Monopol im Gasgeschäft befürchtet. Doch das Wirtschaftsministerium setzte sich per Ministererlaubnis darüber hinweg. Da Wirtschaftsminister Werner Müller sich für befangen erklärte – er hatte zuvor für die E.ON-Vorgängerin Veba gearbeitet – überließ er seinem Staatssekretär Alfred Tacke die Entscheidung.^[21] Trotz heftiger Kritik wurde die "Ministererlaubnis" daraufhin erteilt. Tacke wechselte kurz nach dem Vorfall zu Gunsten von E.ON in den Vorstand der STEAG, einer Tochter der RAG AG, deren größter Aktionär zum damaligen Zeitpunkt E.ON war. Müller erhielt Mitte 2003 den Vorstandsvorsitz der RAG. Außerdem wurde später bekannt, dass er schon während seiner Amtszeit Rentenbezüge von E.ON erhielt.^[22]

Manfred Overhaus

2004 holte Werner Müller den ehemaligen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Manfred Overhaus, als Berater für Subventionsfragen zur RAG AG. Über eine Tochtergesellschaft erhält das Unternehmen Milliarden an öffentlichen Hilfen vom Staat. Als Regierungsbeamter hatte sich Overhaus zuvor vehement gegen staatliche Subventionen eingesetzt.^[23]

Joachim Lang

Auch der Cheflobbyist der Berliner E.ON-Repräsentanz, Joachim Lang, kam aus der Politik, als er 2007 zu E.ON wechselte: Er arbeitete 2006/2007 als Referatsleiter im Bundeskanzleramt. Zuvor war er langjähriger Mitarbeiter von Norbert Röttgen, dem damaligen Parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion im Bundestag und späteren Umweltminister.^[24]

Lobbykampagne für Laufzeitverlängerungen

Wie die *Tageszeitung* aufdeckte, versuchte E.ON gemeinsam mit anderen Energiekonzernen ab 2008 mit einer massiven Lobbykampagne Stimmung gegen den rot-grünen Atomkonsens zu erzeugen. Das Deutsche Atomforum, ein Zusammenschluss der Betreiber der deutschen Atomkraftwerke RWE, Vattenfall, EnBW und E.ON, hatte die Lobbyagentur [Deekeling Arndt Advisors](#) beauftragt, bis zur Bundestagswahl 2009 einen Meinungsumschwung für die Atomkraft in Deutschland zu erreichen. Unter dem Slogan "Energieverantwortung für Deutschland" sollte eine Grundstimmung gegen die Begrenzung von Laufzeiten für Atomkraftwerke aufgebaut werden.^{[25][26]}

Die gewählten Strategien beinhalteten unter anderem:

- *Medienoffensive*: Platzierung der Botschaften in den wichtigsten Tageszeitungen; Verhinderung atomkritischer Berichterstattung; Zielgruppengespräche mit und Pressereisen für Journalisten
- *Expertenmeinungen*: Pro-Kernkraft-Thesen sollten in Interviews von meinungsstarken Dritt-Akteuren vertreten werden. Der Historiker Arnulf Baring dozierte bei einer Atomveranstaltung als scheinbar unparteiischer Gastredner - obwohl er von DAD beauftragt und die Rede inhaltlich von der Agentur vorbereitet wurde. Sein Vortrag wurde anschließend in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* platziert. Weiterhin wurde versucht, auf Informationsveranstaltungen Einfluss auf Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und religiösen Gemeinschaften zu nehmen.
- *Studien*: Joachim Schwalbach, Ökonomie-Professor der Berliner Humboldt-Universität, wurde mit der Studie "Gesellschaftsrendite der Kernenergie" im Umfang von 135.000 € beauftragt. Diese sollte vor der Bundestagswahl öffentlichkeitswirksam in den Medien platziert werden. Laut Aussage Schwalbachs wurde diese jedoch nie veröffentlicht, da er "nicht bereit war, ein Gefälligkeitsgutachten zu schreiben."^[27]
- *Erschließung neuer Zielgruppen*: Besonders Frauen und die "Junge Avantgarde" sollten durch die Kampagne angesprochen werden. So wurde die Organisation *Women in Nuclear* unterstützt, vergeblich versucht, Anzeigen in Frauenzeitschriften zu platzieren und eine "Verjüngung" und "Modernisierung" der Debatte um Atomkraft angestrebt.

Im Sommer 2010 erhöhte die Lobby den Druck auf die Bundesregierung mit der Anzeigenkampagne "Energiepolitischer Appell".^[28] Unter Leitung des [BDI](#) unterschrieben zahlreiche Wirtschaftsführer, wie etwa E.ON-Chef Johannes Teyssen, einen Appell, der die Koalition aus Union und FDP von der Notwendigkeit der Atomenergie überzeugen sollte. Wegen der geplanten Einführung einer Brennelementesteuer drohten die Energiekonzerne sogar mit einer sofortigen Abschaltung der Kernreaktoren.^[29]

Ende 2010 beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung schließlich die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Die Verhandlungen wurden als undemokratisch kritisiert, da sie im Geheimen und nur mit den Vertretern der vier großen Energiekonzerne stattfanden.^[30] Erst nach massivem Druck bekam die Öffentlichkeit das Ergebnis der Absprachen zu sehen. Erst dann wurde sichtbar, dass der Vertrag die Interessen der Atomkonzerne weitreichend schützte.^[31] Die Bewertung der Vor- und Nachteile längerer Atomlaufzeiten stützte sich auf eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie. Diese wurde von [Marc Oliver Bettzüge](#) durchgeführt, Inhaber einer Stiftungsprofessur an der Universität Köln. Finanziert wird seine Professur durch einen Verband der deutschen Energiekonzerne, dessen Vizepräsident, E.ON-Chef Johannes Teyssen, sich für längere Kernkraftlaufzeiten eingesetzt hatte.^[32]

Der massive Lobbyeinsatz zahlte sich am Ende für E.ON nicht aus. Die Atomkatastrophe von Fukushima und der nachfolgende öffentliche Druck führten im Sommer 2011 zum Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung. Mehrere Klagen der Atomkonzerne waren die Folge. E.ON-Chef Johannes Teyssen und RWE-Chef Peter Terium schlugen im Februar 2014 vor, die Atomkraftwerke gleich einer "Bad Bank" in eine öffentliche Stiftung zu überführen.^[33] Kritiker befürchten, dass nach diesem Modell, das Werner Müller im Mai 2015 noch einmal zur Diskussion brachte,^[34] am Ende die Steuerzahler für die "Ewigkeitskosten" haften.

Klage gegen Spanien vor privatem Schiedsgericht

Im August 2015 verklagte E.ON das Königreich Spanien vor einem privaten Schiedsgericht.^[35] Die Eurokrise hatte Spanien zu massiven Haushaltseinsparungen gezwungen, infolge derer 2011 die Subventionen für Ökostrom gesenkt werden mussten. Obwohl sich E.ON bereits zuvor aus Spanien zurückgezogen hatte,^[36] sah sich der Konzern im Recht, Schadensersatz für die veränderten Investitionsrahmenbedingungen zu verlangen. [LobbyControl kritisiert](#) dieses Vorgehen, besonders vor dem Hintergrund einer möglichen Implementierung privater Schiedsgerichtsverfahren im geplanten [TTIP-Abkommen](#).

Bildungsinitiative 3maE

[Lobbyismus an Schulen](#) zählt zu den Lobbystrategien zahlreicher Unternehmen und Verbände. Die [Westenergie AG](#), ein vollständiges Tochterunternehmen von E.ON, betreibt daher die Bildungsinitiative 3maE („entdecken, erforschen und erleben“), welche unter dem Motto "Bildung mit Energie" allgemeine Informationen zum Thema Energie sowie Karriereoptionen im Energiebereich präsentiert.^[37] Dabei richtet sich die Bildungsinitiative an verschiedene Altersgruppen: Mit Spielen, Experimenten, Videos, Exkursionen und Lernmaterial adressiert 3maE explizit Kinder; die Initiative gibt an, Kindergärten, Kitas und Schulen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.^[38] Zugleich werden mit Informationen zu Berufseinstieg, dualem Studium und Ausbildung bei der Tochterfirma [Westnetz](#) auch Jugendliche und junge Erwachsene in den Blick genommen.^[39]

Lobbyisten in Ministerien

- [Lobbyist im Auswärtigen Amt](#)

→ zur Übersicht [Lobbyisten in Ministerien](#)

Organisationsstruktur und Personal

Die Holding des Konzerns ist die E.ON SE (die E.ON AG ist am 15. November 2012 in die E.ON SE umgewandelt worden)

Der Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Leonhard Birnbaum (CEO), Vizepräsident im Präsidium des [Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW) und Vizepräsident der Vereinigung der europäischen Elektrizitätswirtschaft (Eurelectric) sowie stellvertretender Vorsitzender des World Energy Council, Mitglied des Aufsichtsrats der Nord Stream AG

- Thomas König (Chief Operating Officer - Networks), verantwortet den Geschäftsbereich Energienetze

Lobbyisten

- Cheflobbyist ist Alexander Stechert-Mayerhöfer, Senior Vice President Public Affairs & Communications bei der innogy se (E.ON Group)
- Leiterin des Brüsseler Büros (Head of EU Representative Office) ist Susanne Rompel

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Hintergrund: Die vier AKW-Betreiber in Deutschland](#) diepresse vom 30.05.2011, abgerufen am 13.10.2022
2. ↑ [Eon gibt Atomenergie, Kohle und Gas auf](#) Süddeutsche Zeitung vom 01.12.2014, abgerufen am 13.10.2022
3. ↑ [Atomkraftwerke in Deutschland](#)bmuv.de, vom 03.01.2022, abgerufen am 13.10.2022.
4. ↑ [EON im Fokus: Ein Übergangsjahr für Deutschlands größten Stromversorger](#), finanznachrichten.de vom 27.11.2019, abgerufen am 13.10.2022
5. ↑ [Geplante Übernahme von Innogy](#), Pressemitteilung vom 16.01.2020, abgerufen am 13.10.2022
6. ↑ [Unsere Verteilnetze](#), eon.com, abgerufen am 05.03.2023
7. ↑ [Geschäftsbericht 2021](#), archiv.geschaeftsberichte-downlaod.de, abgerufen am 05.03.2023
8. ↑ [Offene Türen für Kohlelobbyisten](#) Kontext vom 04.12.2013, abgerufen am 13.10.2022
9. ↑ [Offene Türen für Kohle-Fans](#) Die Tageszeitung vom 10.09.2014, abgerufen am 13.10.2022
10. ↑ [EU-Lobbyregister, E.ON SE](#), abgerufen am 13.10.2022
11. ↑ [E.ON SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.07.2022
12. ↑ [Die Atomlobby unterwandert Universitäten](#) Frankfurter Rundschau vom 02.11.2011, archiviert bei archive.org, abgerufen am 13.10.2022
13. ↑ <https://www.ewi-future-energy.de/future-energy-business-researched-by-EW/>, ewi-future-energy.de, abgerufen am 04.03.2023
14. ↑ [Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise](#), bundeskartellamt.de vom 07.03.2023, abgerufen am 24.03.2023
15. ↑ [Energie und Macht](#), Berliner Zeitung vom 03.07.2007, abgerufen am 13.10.2022
16. ↑ ["Die Frage war: ich oder sie?"](#), Deutschlandradio Kultur vom 10.06.2011, abgerufen am 13.10.2022
17. ↑ [Früherer E.on-Mann Hennenhöfer darf nicht als Atomaufseher des Bundes arbeiten](#), Deutsche Umwelthilfe Dezember 2009, abgerufen am 13.10.2022
18. ↑ ["Den Bock zum Gärtner gemacht"](#), Frankfurter Rundschau vom 01.12.2009, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
19. ↑ [Merks Altlast](#), Frankfurter Rundschau vom 12.09.2012, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
20. ↑ [Kritische Beamte stillgelegt](#), Tageszeitung vom 08.03.2015, abgerufen am 14.10.2022

21. ↑ „Ich bin nicht befangen, aber...“, Focus Magazin vom 25.02.2002, abgerufen am 14.10.2022
22. ↑ [Werner Müller bezog als Minister Eon-Rente](#), Berliner zeitung vom 18.01.2005, abgerufen am 14.10.2022
23. ↑ [Overhaus berät die RAG](#), Handelsblatt vom 25.10.2004, abgerufen am 14.08.2015
24. ↑ [Wer lenkt die Lobbyisten?](#), PR Magazin 07/2011, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
25. ↑ [Die Geheimpapiere der Atomlobby](#) Die Tageszeitung vom 28.10.2011, abgerufen am 14.10.2022
26. ↑ [Kernenergie: Wie die Atomlobby den Ausstieg vom Ausstieg vorbereiten ließ](#) Spiegel Online vom 29.10.2011, abgerufen am 14.10.2022
27. ↑ [Der ehrbare Professor](#), Die Tageszeitung vom 28.10.2011, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
28. ↑ ["Energiepolitischer Appell": BDI verpasst Merkel den Denkkzettel](#), Spiegel Online vom 20.08.2010, abgerufen am 14.10.2022
29. ↑ [Die Energieriesen wollen die Regierung erpressen](#), Die Welt vom 15.08.10, abgerufen am 14.10.2022
30. ↑ [Atomabkommen verärgert Korruptionswächter](#), Zeit Online vom 10.09.2010, abgerufen am 14.10.2022
31. ↑ [Revolution mit geheimen Absprachen](#), Zeit Online vom 09.09.2010, abgerufen am 14.10.2022
32. ↑ [Wichtige Energiestudie: Regierungsgutachter steht Stromkonzernen nahe](#) Spiegel Online vom 27.08.2010, abgerufen am 14.10.2022
33. ↑ [Kanzleramt weiß seit Februar vom Thema Atom-«Bad Bank»](#), Süddeutsche Zeitung vom 21.05.2014, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
34. ↑ [Müller schlägt AKW-Stiftung für Entsorgung vor](#), WirtschaftsWoche vom 30.05.2015, abgerufen am 14.10.2022
35. ↑ [ICSID Case Details](#), zuletzt abgerufen am 14.10.2022
36. ↑ [Warum Eon nun seine Töchter verkauft](#) Handelsblatt vom 28.11.2014, abgerufen am 14.10.2022
37. ↑ [Was ist 3maIE?](#), zuletzt abgerufen am 29.07.2022
38. ↑ Ebd.
39. ↑ [Berufseinstieg](#), zuletzt abgerufen am 29.07.2022

BP Europa

Die BP Europa SE ist die Europäische Aktiengesellschaft des BP-Konzerns, die am 30. April 2010 durch die Verschmelzung der BP Landesgesellschaften in Belgien, den Niederlanden, Österreich und Polen mit der Deutschen BP AG gegründet wurde.^[1] Die Muttergesellschaft des international tätigen Energiekonzerns ist die BP p.l.c. mit Sitz in London. 2021 erwirtschaftete der Konzern, der 65.900 Personen beschäftigt, einen Umsatz in Höhe von ca. 158 Mrd. U.S. Dollar.^[2] Im gleichen Jahr erzielte BP in Deutschland einen Umsatz von 29 Mrd. Euro mit 9.414 Beschäftigten.^[3]

BP Europa SE

Rechtsfo	Europäische Aktiengesellschaft bzw.
rm	p.l.c. (Konzernmutter)
Tätigkeit	Energie mit Schwerpunkt Mineralöl
sbereich	
Gründun	1917
gsdatum	
Hauptsitz	London
Lobbybür	BP Europa SE, Pariser Platz 3, 10117
o	Berlin
Lobbybür	BP plc, Archimedes Building 11 Rond
o EU	Point R. Schuman 1040 Brüssel
Webadre	bp.com bzw. bp.com/de

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten in Deutschland	28
2 Lobbystrategien und Einfluss	28
2.1 Angaben in den Lobbyregistern	28
2.2 Greenwashing & Image Wandel	29
3 Fallbeispiele und Kritik	29
3.1 Riskante Suche nach Öl und Gas	29
3.2 Consumer Energy Alliance	30
3.3 Deep Water Horizon	30
3.4 Studie zu Bürgerprotesten	30
3.5 BP auf der COP 27 in Ägypten	31
3.6 Weiterführende Informationen	31
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	31
5 Einzelnachweise	31

Aktivitäten in Deutschland

Die BP Europa SE hat ihren Sitz in Hamburg, Überseeallee 1, die Hauptverwaltung für Deutschland befindet sich in Bochum. Vorstandsvorsitzender von BP Europa ist Wolfgang Langhoff. Als Cheflobbyist in Berlin (Director External Affairs in Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg) betätigt sich Enno Harks.

BP betreibt in Deutschland zwei Raffinerien und stellt Kraftstoffe, Heizöl und Schmierstoffe her, die an Großhändler, Zwischenhändler und über Tankstellen an Endkunden verkauft werden, sowie Grundstoffe für die chemische Industrie. Die Marken sind BP, Aral und Castrol. Mit rund 2.400 Tankstellen ist Aral die Nr. 1 im deutschen Markt. Unter der Marke "Aral pulse" ist BP zunehmend in der Elektromobilität tätig und zählt mit Ultraschnell-Ladesäulen zu den führenden Anbietern in diesem Segment. Der Geschäftsbereich Air bp umfasst den Vertrieb von Turbinenkraftstoff (Jet A1) und Kolbenmotor-Flugbenzin an Flughäfen. In Hamburg plant BP, ein eigenes Offshore-Windbüro zu eröffnen, um den Eintritt in den deutschen Markt für Windenergie vorzubereiten.

Quellen: ^[4]^[5]

Lobbystrategien und Einfluss

Angaben in den Lobbyregistern

Im EU Transparenzregister gibt BP p.l.c. an (Stand: 23.06.2022), im Jahr 2021 zwischen 2.250.000 und 2.499.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 12 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 5,7) zu beschäftigen.

^[6] Im deutschen Lobbyregister gibt BP Europa an (Stand: 01.12.2022), im Jahr 2021 zwischen 940.001 bis 950.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 21 bis 30 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[7]

Laut deutschem Lobbyregister Ist BP Europa Mitglied in den folgenden Organisationen (Auswahl):

- [American Chamber of Commerce in Germany](#)

- Deutsch-Aserbaidschanisches Forum
- Deutsches Verkehrsforum
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- en2x - Wirtschaftsverband Fuels und Energie
- EFET Deutschland - Verband Deutscher Energiehändler
- Förderkreis der Deutschen Energie
- Forum für Zukunftsenergien
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- Grüner Wirtschaftsdialog
- Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- Verband der Schmierstoffindustrie
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Collegium](#)
- Power to X Alliance
- [Gaskoalition](#)
- Aireg - Aviation Initiative for Renewable Energy in Aviation
- Allianz Wasserstoffmotoren
- Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur
- KlimaDiskurs.NRW
- H2GlobsalStiftung
- Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore
- AquaVentus Förderverein

Greenwashing & Image Wandel

Ab 2000 begann der Imagewandel von BP ^[8]. Der Konzern beauftragt die amerikanische PR-Firma Ogilvy & Mather für ein neues Image bei BP zu sorgen. Die PR-Firma veränderte den Name von „British Petroleum“ in „beyond petroleum“, was mit „weit mehr als Erdöl“ übersetzt werden kann. Außerdem wurde das Logo des Energie Konzerns verändert. Eine gelb-grüne-weiße Sonne soll das Umweltengagement und den Vorrang erneuerbarer Energien widerspiegeln.

Auch in Deutschland möchte BP als „grünes Unternehmen“ wahrgenommen werden. Um diese neue Außendarstellung zu stärken, bewarb BP mit mehreren Anzeigen und Kampagnen das neue Image. Außerdem wurde der Schulwettbewerb Klima&Co beworben, bei dem das Thema Energiereduzierung lautete.

Fallbeispiele und Kritik

Riskante Suche nach Öl und Gas

BP suchte immer riskanter nach neuen Ölquellen und Gasvorkommen. Für diese Suche benötigte BP die Zustimmung der Politik. Im Jahr 2009 waren die Lobbyausgaben von Erdöl- und Erdgasindustrie so hoch wie nie zuvor. Die Branche – darunter BP – gab im Jahr 2009 175 Millionen US-Dollar für Lobbying aus.

Consumer Energy Alliance

Im Jahr 2010 gelangte eine Powerpoint-Präsentation eines Treffens der US-amerikanischen Gasindustrie an die Öffentlichkeit ^[9]. Diese stellte Lobbystrategien der Ölindustrien vor. So sollte mit einer Fünf-Jahres Kampagne lokale Gruppe als Unterstützer für Offshore-Bohrungen gewonnen werden. Explizit als Zielgruppe genannt wurden: Veteranenverbände, Verbraucher, Redaktion, Wissenschaftler, und Think Tanks. Dieser Vortrag wurde von der Front Group „Consumer Energy Alliance“, die von BP unterstützt wird, gehalten. Dies war eine gezielte BP-Kampagne, die um die Unterstützung für riskante Offshore-Bohrungen werben sollte.

Deep Water Horizon

Die immer riskantere Suche nach neuen Ölquellen und Gasvorkommen birgt die Gefahr von Unfällen. Bei Offshore-Bohrungen explodierte im April 2010 die Ölplattform „Deepwater Horizon“ ^[10]. Eine Folge dieser Explosion war die Ölkatastrophe am Golf von Mexiko. Um Schaden von BP abzuwenden, versuchte das Unternehmen den Ausmaß des Unfalls zu vertuschen. So wurden während und nach der Ölkatastrophe Journalisten von BP an der Berichterstattung vor Ort gestört, z.b. wurden Fotojournalisten daran gehindert, über den Golf von Mexiko zu fliegen, um das Ausmaß der Katastrophe zu dokumentieren ^[11]. Nach der Katastrophe floss erneut viel Geld in PR-Maßnahmen: Im Jahr 2010 gab BP allein von April bis Ende Juli jede Woche fünf Millionen US-Dollar aus ^[12], um das Image nach der Öl-Katastrophe wieder herzustellen.

2015 haben sich BP und die USA zu einer Entschädigungszahlung von insgesamt 18,7 Milliarden US-Dollar geeinigt. Zu zahlen sind die 18.7 Milliarden Dollar, innerhalb den nächsten 18 Jahren. Insgesamt zahlte der britische Öl-Konzern mehr als 43 Milliarden Dollar seit 2010 für die Folgen und Beseitigungen der Katastrophe. Der Einigung ging ein 5 jähriger Rechtsstreit voraus in dem BP die Schuld an der Katastrophe zunächst von sich wies. So beschuldigte BP, den Subunternehmer Transocean, da diese die geplatzten Rohre geliefert sowie eingebaut hatten. Das US-Justizministerium sieht die Schuld allerdings eindeutig bei BP. Das Ministerium erklärt das BP eindeutig vorsätzlich und fahrlässig gehandelt habe. ^[13]

Studie zu Bürgerprotesten

Im Januar 2013 gab BP beim Göttinger Institut für Demokratieforschung eine Studie zur Untersuchung von Bürgerprotesten in Deutschland in Auftrag. Nach Angaben des Energiekonzerns sollte diese dazu beitragen, die Dialogfähigkeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu erhöhen. Das konzerninterne Ziel der Studie aber war es, herauszufinden, welche Einstellungen Aktivisten gegenüber Unternehmen haben und mit welchen Strategien es dem Konzern gelingen kann, größerer Akzeptanz für umstrittene Projekte zu schaffen. Somit steht die Studie im Kontext einer breiten Diskussion innerhalb der Szene der Lobbyisten und Kommunikationsberater. ^[14]

Zwar betonte das Göttinger Institut, im Vertrag mit BP sei jeglicher Einfluss auf Methodik, Projektdesign oder die Interpretation der Ergebnisse ausgeschlossen worden. Dennoch gab es während des Verlaufs der Studie indirekten Kontakt mit BP über den Dienstleister kmw outrage management. Die Beratungsfirma bietet Unternehmen an, sie bei Kommunikationskrisen und dem Umgang mit öffentlichen Protesten zu unterstützen. Dazu gehört auch die Begleitung von Untersuchungen im Auftrag von Industriekunden. So wirbt kmw outrage management auf ihrer Website explizit mit der BP-Studie. Zudem haben zwei der drei Partner früher bei dem Energiekonzern gearbeitet. ^[15]

Des Weiteren ist problematisch, dass die Rolle von BP gegenüber den Befragten nicht von Anfang an offen gelegt wurde. Denn zwischen ihnen und dem Geldgeber herrschen zumindest teilweise Interessenkonflikte. Die Studienteilnehmer waren erst am Ende der Gespräche über die Finanzierung durch BP und das Erkenntnisinteresse des Ölkonzerns aufgeklärt worden und hatten somit keine Möglichkeit, eine Teilnahme aus diesen Gründen abzulehnen.

Mittlerweile hat das Göttinger Institut für Demokratieforschung eine weitere Studie im Auftrag von BP veröffentlicht. Diese ist eine Fortsetzung der Analyse gesellschaftlicher Akteure. Befragt wurden diesmal neben Gesellschaftern und Vorstände auch Geschäftsführer und Unternehmer zu deren Werten, Selbstwahrnehmung und ihren Blick auf Gesellschaft und Politik. Laut Auftraggeber BP sowie dem Göttinger Forschungsinstitut soll die neue Untersuchung einen Beitrag dazu leisten, „vorherrschende Einschätzungen über Unternehmer zu überprüfen, zu ergänzen und möglicherweise auch zu korrigieren.“^[16]

BP auf der COP 27 in Ägypten

Die 27. UN Climate Change Conference fand vom 6.-18. Nov. 2022 in Sharm El-Sheikh, Ägypten, statt. In diesem Jahr waren 636 Lobbyisten von Öl-, Gas- und Kohlekonzernen akkreditiert, laut [Global Witness](#) 100 mehr als im vergangenen Jahr.^[17]

Besondere Einblicke konnte sich Bernhard Looney, CEO von BP, verschaffen: Er war Mitglied der offiziellen Delegation von Mauretanien und hatte damit erweiterte Zutrittsrechte in die Konferenzbereiche für Regierungsdelegationen. Darüber hinaus waren noch vier weitere BP-Mitarbeiter:innen Teil des mauretanischen Teams.^[18] Parallel wurde eine Vereinbarung zwischen BP und der mauretanischen Regierung über die Produktion von grünem Wasserstoff getroffen.

Weiterführende Informationen

Machtspielchen - Der Podcast von LobbyControl zum Thema "Mineralölkonzerne: Fette Profite und die Übergewinnsteuer" vom 16.03.2023^[1]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wer wir sind](#), bp.com/de, abgerufen am 09.12.2022
2. ↑ [Umsatz des Bp-Konzerns in den Jahren 2003 bis 2021](#), statista.com, abgerufen am 10.12.2022
3. ↑ [Zahlen & Daten](#), bpr.com/de, abgerufen am 09.12.2022
4. ↑ [BP Europa SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.12.2022
5. ↑ [Aufwind für erneuerbare energien](#), bp.com/de vom 26.12.2022, abgerufen am 09.12.2022
6. ↑ [BP p.l.c.](#), ec.europa.eu, abgerufen am 10.12.2022
7. ↑ [BP Europa](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.12.2022
8. ↑ [Greenwash von BP Klarsicht dank Ölteppich](#), taz.de vom 24. 5. 2010, abgerufen am 01.06.2015
9. ↑ [Souerceswatch: Consumer Energy Alliance](#) abgerufen am 01.06.2015

10. ↑ Ölpest: Warum explodierte die "Deepwater Horizon"? vom 6. Mai 2010, abgerufen am 01.06.2015
11. ↑ Ölpest im Golf: BP-Zensoren verschleiern die Umweltkatastrophe vom 12.06.2010, abgerufen am 01.06.2015
12. ↑ Dirty Money: Big Oil and corporate polluters spent over \$500 million to kill climate bill, push offshore drilling vom 27.11.2010
13. ↑ [<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/einigung-mit-us-justizministerium-die-strafe-sichert-der-golfregion-konstante-einkommen/12004658-2.html/>] Einigung mit US-Justizministerium BP zahlt höchste Strafe der Wirtschaftsgeschichte] vom 02.07.2015, abgerufen am 03.07.2015
14. ↑ LobbyControl: BP lässt Bürgerproteste Untersuchen - was steckt dahinter?, abgerufen am 17.11.2016
15. ↑ kmw outrage management, abgerufen am 17.11.2016
16. ↑ Zweite BP Gesellschaftsstudie, abgerufen am 17.11.2016
17. ↑ 636 fossil fuel lobbyists granted access to COP27 Global Witness 10. Nov. 2022, abgerufen am 8.12.2022
18. ↑ COP27: BP chief listed as delegate for Mauritania BBC vom 10. Nov. 2022, abgerufen am 8. Dez. 2022

Ludwig-Erhard-Stiftung

Die **Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.** ist ein einflussreiches markliberales Netzwerk, zu dem Unternehmer/Manager, Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Politiker - ganz überwiegend aus CDU und FDP - und wirtschaftsliberale Professoren gehören. Nach eigenen Angaben hat der staatlich geförderte Verein die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Er ist personell mit wirtschaftsnahen Netzwerken und Denkfabriken verbunden, mit denen er auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Zu ihnen gehört der Lobbyverband [Wirtschaftsrat der CDU](#), dessen Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender des Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. sowie Aufsichtsratsmitglied der Vodafone GmbH und der Dussmann KGaA ist.^[1] Die Vizepräsidentin des Wirtschaftsrats der CDU, Bettina Würth, ist Mitglied des Vereins.

Die Veranstaltungen des Vereins bieten den Mitgliedern aus der Wirtschaft die Möglichkeit, ihre interessengeleiteten wirtschaftspolitischen Vorstellungen Spitzenpolitikern und Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bundesbank in persönlichen Gesprächen zu vermitteln und Kontakte zu knüpfen. Häufiger Referent ist [Lars P. Feld](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner (FDP).

Der Lobbyverein, der lange Zeit keine Einzelheiten seiner Finanzierung offenlegte, wurde bereits in den 70er und 80er Jahren von staatlichen Stellen finanziell gefördert. Die damalige Bundesregierung hielt es für geboten, die Arbeit des Vereins "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen.^[2] Das bedeutet, dass der Verein bereits damals aufgrund seiner wirtschaftsliberalen Ausrichtung gefördert worden ist.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Rechtsfor e.V.
m

Tätigkeits Wirtschaftsnahes Netzwerk zur
bereich Verbreitung markoliberaler Ideen

Gründung 1967
sdatum

Hauptsitz Bonn

Lobbybür
o

Lobbybür
o EU

Webadres www.ludwig-erhard-stiftung.de
se

Zu den Mitgliedern des Netzwerks gehört auch Bettina Stark-Watzinger (FDP), ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung, deren Ministerium die Gründung des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft (Forum) 2023 mit einer Anschubfinanzierung gefördert hat.^{[3][4][5]} Das Ministerium hat im Zuwendungsbescheid vom 26. Januar 2023 der Ludwig-Erhard-Stiftung für das Vorhaben „Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft“ als Projektförderung eine Zuwendung bis zu 810.578,72 Euro bewilligt, die für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2024 gilt. Gleichzeitig beklagt der Verein, "dass Erfolg ohne Staatszuschuss in Deutschland nicht mehr möglich ist".^[6] Das Forum ist von der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) gemeinsam initiiert worden.^[7] (Zu weiteren Einzelheiten der Förderung vgl. den Abschnitt "Finanzen", "Projektzuschüsse")

Inhaltsverzeichnis

1 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung	34
2 Aktivitäten	34
3 Türöffner für Lobbyist:innen	35
4 Personelle Verflechtungen	35
4.1 CDU und nahestehende Institutionen	35
4.2 Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken	36
4.3 Sonstige	36
5 Organisationsstruktur und Personal	37
5.1 Vorstand und Geschäftsführung	37
5.2 Mitglieder	38
5.3 Freundeskreis	39
6 Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft	39
6.1 Aktivitäten	39
6.2 Kampagne mit europäischen Partnern des Atlas Network	40
6.3 Leiter und Kuratorium	40
6.4 Kooperationspartner	41
6.5 Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung	41
7 Kooperationen	41
7.1 Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände	41
7.2 "Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken	42
7.3 Wirtschaftsrat der CDU	42
7.4 Konrad-Adenauer-Stiftung	42
7.5 Friedrich-Naumann-Stiftung	42
7.6 Die Familienunternehmer	42
7.7 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	43
8 Finanzen	43
8.1 Allgemein	43
8.2 Kapitalstock	43
8.3 Projektzuschüsse	44
9 Zitate von Müller-Armack	44
10 Weiterführende Informationen	45
11 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	45
12 Einzelnachweise	45

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember 1966 trat Erhard von diesem Amt zurück.

Der Verein vertritt dezidiert wirtschaftsliberale Positionen. Nach seiner Auffassung hat Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards die Aufgabe, Wettbewerb zum Ordnungsprinzip zu erheben und nachhaltig abzusichern.^[8] Lenkende Eingriffe mit gesamtwirtschaftlichem Maximierungsanspruch und administrativen Lösungsversprechen für Einzelprobleme gehörten nicht in den Werkzeugkasten eines Wirtschaftspolitikers, der sich auf Ludwig Erhard berufen will. Das soziale Element der Sozialen Marktwirtschaft liege nicht in der Umverteilung von Einkommen oder Vermögen zur Korrektur politisch unerwünschter Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozesses, sondern in der ordnungspolitisch abgesicherten Bindung der Freiheit an die Verantwortung im Rahmen des Leistungswettbewerbs.

Der Vorstandsvorsitzende Roland Koch nimmt die Klimapolitik der Bundesregierung als „Dirigismus“ und „Bevormundung“ wahr und lehnt staatliche Eingriffe ab: „Statt die zum Einsatz kommende Technologie zur beabsichtigten Reduktion des CO₂-Ausstoßes der Kreativität freier Unternehmen zu überlassen, macht die Politik kleinteilige Vorgaben.“^[9]

Aktivitäten

Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit und bei Entscheidern in Politik, öffentlichen Behörden und Verbänden Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Der Verein gibt die Vierteljahresschrift [Orientierungen zu Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik](#), das Jugendmagazin [Im Klartext](#) sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über Ludwig Erhard. Zu den Veranstaltungen gehören: [Berliner Kaminesgespräche](#), [Bonner Wettbewerbsgespräche](#), [Frankfurter Gespräche](#), [Kolloquien](#) mit nahestehenden Organisationen sowie [Seminare](#) zur Lehrerfortbildung.

Unter [Standpunkt](#) werden Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen veröffentlicht. Die Überschriften der letzten drei Kommentare (Stand: 10/2023) lauten: „Gesellschaftspolitische Steuerungssillusionen klimapolitischer Akteure“, „Wider die Schönredner und falsche Propheten im ÖNPV“ und „Klimasünder, Etikettenschwindler und ökologische Geisterfahrer - Eine verkehrspolitische, ökonomische und ökologische Streitschrift“.^[10] Außerdem werden [Kommentare des Vorsitzenden Roland Koch](#) publiziert.

Jährlich wird der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik (Preisträger) sowie der Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik (Förderpreisträger) vergeben. Das Preisgeld soll jeweils 10.000 Euro betragen. Die Bundesregierung förderte den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik von 1979 bis 1981 und 1984 bis 1987 mit jährlichen Zuschüssen zwischen 25.300 DM und 52.664 DM.^[11] Ob der Preis weiterhin mit Bundesmitteln gefördert wird, ist nicht bekannt.

Mitglieder der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik sind:

- Katharina Reiche, Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrats, ehem. Haupt-geschäftsführerin des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), ehem. CDU-Politikerin
- Nikolaus Risch, Mitglied des Vorstands der Heinz Nixdorf Stiftung, die den Verein seit Jahren fördert.^[12]
- Theresia Theurl, ehem. Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Genossenschaftswesen, Mitglied des [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des Zukunftsrates des Verbandes der Sparda-Banken e.V.
- Roland Koch (qua Amt), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Quelle: ^[13]

Die Preisträger sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören: Wolfgang Reitzle (2021), Dan McCrum (2020), Ulf Poschardt (2019), Zanny Minton Beddoes (2018), Marc Beise (2017) und Gerhard Schröder (2016). Die Preisverleihung 2020/21 fand in der Hessischen Landesvertretung in Berlin statt.

Türöffner für Lobbyist:innen

Am Mittwoch, 8. November 2023, von 18 Uhr bis 19 Uhr, sprach Prof. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl, stv. Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung mit Dr. Christian Ehler MdEP, EVP-Koordinator im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und Dr. Pierre Gröning, Geschäftsführer des Europabüros Brüssel des [Verbandes der Chemischen Industrie](#) zum Thema „Europäische und deutsche Energiepolitik: Zusammenspiel oder Widerspruch?“ Die Teilnahme an dieser Veranstaltung war auf Mitglieder der Ludwig-Erhard-Stiftung sowie auf Mitglieder des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung beschränkt.^[14]

Am 23. Januar 2024 fand die erste Veranstaltung des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft zur Bedeutung und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft im HessenChemie Campus statt.^[15] Teilnehmer waren u.a.: Oliver Coenenberg, Sanofi-Aventis Deutschland, Vorsitzender von HessenChemie und VhU-Vizepräsident, Heiko Kasseckert, MdL/CDU und [Roland Koch](#), Präsident der Ludwig-Erhard-Stiftung, Präsidiumsmitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#). Coenenberg betonte, wie essenziell es sei, von seiten der Politik förderliche Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmertum und Leistungsbereitschaft zu schaffen.

Am Montag, 27. Januar 2025, 17:30 Uhr – 18:30 Uhr, spricht Dr. Joachim Seeler, Stv. Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, mit Hildegard Müller, Präsidentin des [Verbandes der Automobilindustrie](#), über „Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie“.^[16] Zu den eingeladenen Mitgliedern gehören auch Spitzenpolitiker.

Personelle Verflechtungen

Mitglieder des Netzwerks kommen u.a. aus den folgenden Organisationen:

CDU und nahestehende Institutionen

- [CDU](#) ([Friedrich Merz](#): Vorsitzender; [Carsten Linnemann](#): Generalsekretär; Jens Spahn: Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

- [Wirtschaftsrat der CDU](#) (Roland Koch: Mitglied des Präsidiums; [Lars P. Feld](#): Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats; [Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats; Bettina Würth: Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen"; Christoph Werner: Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter"; Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Mitglied; [Justus Haucap](#): Leiter des Think Tanks "Deregulierung" [Friedrich Merz](#): ehem. Vizepräsident);
- [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) ([Carsten Linnemann](#): ehem. Vorsitzender)
- Konrad-Adenauer-Stiftung ([Friedrich Merz](#): Mitglied des Vorstands; [Carsten Linnemann](#): Ständiger Gast im Vorstand; Paul Kirchhof und Sara Rösner: Mitglied des Kuratoriums)

Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken

- [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Steffen Kampeter: Hauptgeschäftsführer)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#) (Sarna Röser: Mitglied des Bundesvorstands und des Strategischen Beirats; Patrick Adenauer und [Frank Schäffler](#): Mitglied des Strategischen Beirats)
- [Stiftung Familienunternehmen](#) (Detlef W. Prinz: Mitglied des Kuratoriums; Hans-Werner Sinn: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats)
- AGA Unternehmensverband Hamburg (Volker Tschirsch: Hauptgeschäftsführer)
- Wirtschaftsverband [Deutsches Aktieninstitut](#) Frank Engels: Mitglied des Präsidiums)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) ([Siegmar Mosdorf](#): Stellv. Vorsitzender)
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ([Michael Hüther](#): Direktor)
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (Florian Gerster, [Oswald Metzger](#) und Randolph Rodenstock: frühere Botschafter)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#) (Jens Weidmann: Vorsitzender des Kuratoriums; [Lars P. Feld](#): Sprecher „Kronberger Kreis“; [Justus Haucap](#): Mitglied „Kronberger Kreis“; Volker Wieland: Mitglied "Kronberger Kreis")
- [Walter Eucken Institut](#) ([Lars P. Feld](#): Leiter)
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) (Jens Weidmann, Heike Göbel, Renate Köcher, Holger Steltzner: Mitglieder des Kuratoriums)
- [Prometheus](#) ([Frank Schäffler](#)/FDP-Politiker: Gründer und Geschäftsführer; Thomas Mayer: Vorsitzender des Kuratoriums)
- [ECONWATCH](#) ([Justus Haucap](#): Präsident; [Lars P. Feld](#): Mitglied des Kuratoriums)
- [Atlantik-Brücke](#) ([Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Vorstands)
- [Trilaterale Kommission](#) (Jens Spahn: Vorsitzender der deutschen Gruppe)

Sonstige

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Bettina Stark-Watzinger/FDP: Ministerin)
- Bundesfinanzministerium ([Lars P. Feld](#): Chefberater von Finanzminister Lindner (FDP), Luise Hölscher: Staatssekretärin, Nikolas Heinen: Leiter der Grundsatzabteilung)
- Deutsche Bundesbank (Joachim Nagel: Präsident, Burkhard Balz: Mitglied des Vorstands)
- Bundeskartellamt (Andreas Mundt: Präsident)
- [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (Veronika Grimm: Mitglied)
- [FAZIT-STIFTUNG](#) (Jens Weidmann: Mitglied des Kuratoriums)
- Tichys Einblick ([Roland Tichy](#): Herausgeber; [Oswald Metzger](#): Hauptstadtkorrespondent)
- Institut für Demoskopie Allensbach (Renate Köcher: Geschäftsführerin)

- Zentrum Liberale Moderne (Ralf Fücks: geschäftsführender Gesellschafter)

(Stand: April 2024)

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführung

Vorsitzender des Vorstands:

[Roland Koch](#), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Direktor des [Frankfurt Competence Center for German and Global Regulation](#) (FCCR), betätigt sich als Anwalt in seiner eigenen Kanzlei in Frankfurt am Main und als Lobbyist. Koch war hessischer Ministerpräsident und Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE.

Laut [Lobbyregister](#) vertritt Koch die Interessen der Vodafone GmbH und der Dussmann Stiftung & Co. KG als Mitglied des Aufsichtsrats sowie des [Wirtschaftsrat der CDU](#) als Präsidiumsmitglied. Seine Tätigkeit bei Vodafone beschreibt er im Lobbyregister wie folgt: „allgemeines Interesse an unternehmerfreundlicher und technologieoffener Regulierung im Bereich der Kommunikationsindustrie, sowie bei den Digitalisierungsprojekten.“ (Stand: 27.03.2023) Weiterhin ist er Mitglied des Verwaltungsrats der [American Chamber of Commerce in Germany](#).^[17]

Stellvertretende Vorsitzende:

- Godelieve Quisthoudt-Rowohl ([CDU](#)), Mitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#), war bis 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Initiatorin von [Unternehmer in Bewegung](#), Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Joachim Seeler, ehem. Hamburger [SPD](#)-Politiker, Geschäftsführender Gesellschafter der Investmentfirma HSP Hamburg Invest, Vorstandsmitglied der Finanzplatzinitiative Hamburg e.V.
- Linda Teuteberg, Mitglied des Deutschen Bundestags ([FDP](#)), ehem. Generalsekretärin der FDP, Mitglied des Beirats "Politik & Public Affairs" der [Quadriga Hochschule](#) und Mitglied des Beirats von ProSiebenSat.1 ^[18]
- Volker Wieland, Inhaber der Stiftungsprofessur für Monetäre Ökonomie, Geschäftsführender Direktor des [Institute for Monetary and Financial Stability](#), Mitglied des „Kronberger Kreises“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied im „Hessischen Zukunftsrat Wirtschaft“
- Nicolas Heinen (Schatzmeister), seit 2024 Leiter der Grundsatzabteilung im Bundesministerium der Finanzen. Zuvor war er in verschiedenen Research-, Strategie- und Leitungsfunktionen für die Deutsche Bank AG, die Linde AG und die Deutsche Börse AG tätig

Geschäftsführer: Patrick Opdenhövel, ehem. CDU-Politiker (Frühere Positionen: Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes NRW, Büroleiter des Hessischen Ministerpräsidenten [Roland Koch](#))

Wissenschaftlicher Leiter: Stefan Kolev, der auch Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft ist. Er ist weiterhin Mitglied des Kuratoriums der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung.

Mitglieder

Laut Lobbyregister hatte der Verein am 31.12.2023 86 Mitglieder (ausschließlich natürliche Personen). Bei den [hier](#) abrufbaren Mitgliedern^[19] handelt es sich zu einem großen Teil um Unternehmer/Manager, aktuelle und ehemalige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, dem Wirtschaftsflügel der CDU und der FDP nahestehende Personen sowie markliberale Professoren und Journalisten.

Prominente Mitglieder sind:

- [Jens Spahn](#), Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Bundesminister für Gesundheit, Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU, ehem. Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Otto Fricke](#) (FDP), ehem. Partner der Lobbyorganisation [CNC Communications & Network Consulting](#)
- Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung
- [Frank Schäffler](#), FDP-Politiker, Gründer von [Prometheus](#), Mitglied des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Carsten Linnemann](#), Vorsitzender der CDU-Programmkommission, ehem. Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Theo Waigel](#) (CSU), ehem. Bundesfinanzminister, Ehrenvorsitzender des Beirats der [Deutsche Vermögensberatung](#)
- Ursula Heinen-Esser, CDU-Politikerin und Lobbyistin über die [Heinen-Esser EH Strategische Beratung](#) und als Unterauftragnehmerin für [EUTOP](#)
- [Lars P. Feld](#), Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Berater von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- Volker Wieland, Stiftungsprofessor für Monetäre Ökonomie und Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability (IFMS) an der Goethe-Universität Frankfurt, Mitglied des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- Luise Hölscher, Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, 2003-2004 Fachreferentin für Wirtschaft und Steuern beim [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Justus Haucap](#), Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Präsident von [ECONWATCH](#), Leiter des Think-Tanks Deregulierung des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#)
- Hans-Werner Sinn, ehem. Präsident des ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Vorsitzender des Ordnungspolitischen Ausschusses des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Stiftung Familienunternehmen](#)
- Veronika Grimm, Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy
- Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank, Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Burkhard Balz, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, ehem. CDU-Politiker
- Jens Weidmann, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Vorsitzender des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der [FAZIT-STIFTUNG](#), Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Commerzbank](#), ehem. Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)

- Christoph Werner, Vorsitzender der dm-Geschäftsführung, Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Bettina Würth, Beirats-Vorsitzende der Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Christoph Brand, Partner bei der deutschen Niederlassung der Investmentbank [Goldman Sachs](#) in Frankfurt am Main und stellv. Vorsitzender des Familienrates der Fa. Miele & Cie.
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Ralf Fücks, geschäftsführender Gesellschafter der Denkfabrik Liberale Moderne
- Andreas Mundt (FDP), Präsident des Bundeskartellamts
- Horst von Buttlar, Chefredakteur der WirtschaftsWoche
- Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik der FAZ, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Roland Tichy](#), rechtspopulistischer Medienunternehmer

Freundeskreis

Der Freundeskreis bestand am 31.12.2022 aus 364 Einzelpersonen, Firmen und Körperschaften.^[20] Der Jahresmindestbeitrag beträgt 100 Euro.

Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft

Aktivitäten

Im August 2022 ist das [Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft](#) (LEF) mit Sitz in Berlin auf Initiative der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände gegründet worden.^{[21][22]} Das Forum soll die Gedanken Ludwig Erhards und deren Übertragung auf moderne Herausforderungen direkt in die Bundeshauptstadt vermitteln. Es sieht sich als Plattform des nationalen und internationalen Diskurses zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das Forum gibt periodische Schriften heraus, veröffentlicht Monographien, veranstaltet Workshops und Konferenzen. Über das Forum sollen auch Netzwerke mit vergleichbaren internationalen Forschungsstellen und Thinktanks geschaffen werden.

Laut Webseite gibt es die folgenden [Formate](#):

- [Zivilisierte Provokation](#) Mit dieser Formatreihe wird geladenen Gästen Raum zur inhaltlichen Provokation geboten, welche anschließend gemeinsam mit dem Publikum aufgegriffen und debattiert wird.
- [Konferenz zur Aktualität der Ordnungsökonomik](#)
- [LEF Academy](#)
- [LEF LAB](#). Ziel ist es, Impulse für die Forschungsarbeit zu sammeln
- [Kooperationen](#):: [#Leipzig Colloquium](#), [#Erfurter Doktorandenseminar](#)

Das Leipzig Colloquium wird vom Forum-Leiter Stefan Kolev und Andreas Hoffmann, Senior Manager bei [Ernst & Young](#) sowie Referent beim Hayek-Kreis der Friedrich Naumann Stiftung^{[23][24]} organisiert.^[25] Partner sind: Ludwig Erhard Forum, [NOUS](#), [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#). Am 12.12. 2024 referierte [Peter J. Boettke](#) zum Thema "Capitalism versus Socialism: The Confusion of Frank Knight, the Clarity of Ludwig von Mises".^[26] Boettke ist Professor für Wirtschaftswissenschaften und Philosophie an der George

Mason University sowie Direktor des „F. A. Hayek Program for Advanced Study in Philosophy, Politics, and Economics“ am Mercatus Center an der George Mason University. Die [George Mason University](#) und ihr Mercatus Center werden von dem libertären Ölmilliardär [Charles G. Koch](#) sowie von Personen und Stiftungen aus seinem Umfeld finanziert und gesteuert wird. 2005 war Boettke Charles Koch Distinguished Alumnus, von 2016-2018 Präsident der [Mont Pelerin Society](#). Er ist Mitglied von [NOUS](#) und des Wissenschaftliche Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), das den Klimawandel leugnet.

Kampagne mit europäischen Partnern des Atlas Network

Das Forum hat im Rahmen der „Kampagne für Innovation und Bürokratieabbau - Eine Blaupause für die EU-Kommission und die kommende Bundesregierung“ gemeinsam mit [Prometheus](#) und dem European Policy Information Center ([EPICENTER](#)) ein Impulspapier verfasst.^[27] Das Papier ist eine Antwort auf den Bericht von Mario Draghi zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit (The Future of European Competitiveness). Im Papier werden Handlungsempfehlungen für eine innovationsfreundliche und bürokratiearme Wirtschaftspolitik in Europa formuliert, sowohl an die neue EU-Kommission als auch die kommende Bundesregierung.^[28] In dem Papier wird z.B. empfohlen: „Daher sollten EU-Richtlinien und -Verordnungen, die das Funktionieren der Energiemärkte betreffen, den Schwerpunkt auf die Förderung des Wettbewerbs und den Abbau unnötiger Regulierung legen. Es ist notwendig, alle Preisregulierungen und Preiskontrollen sowohl auf den Großhandels- als auch den Einzelhandelsmärkten für Strom und Gas schrittweise abzubauen. Förderprogramme für erneuerbare Energien und andere spezifische Technologien sind zu prüfen und sind spätestens einzustellen, sobald diese Technologien wirtschaftlich konkurrenzfähig geworden sind.“^[29] Bei der Einwirkung des Forums auf die europäische Gesetzgebung handelt es sich um staatlich (mit-)finanzierte Lobbyaktivitäten (vgl. Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung).

Im [EPICENTER](#) kooperieren europäische Partner des [Atlas Network](#) - unter ihnen [Prometheus](#), von denen einige Zweifel am menschengemachten Klimawandel und dessen Auswirkungen verbreiten. 2023 ist [EPICENTER](#) mit dem [2023 Europe Liberty Award](#) des [Atlas Network](#) ausgezeichnet worden. Großspender von [EPICENTER](#) sind die Swedish Free Enterprise Foundation und die Confederation of Swedish Enterprise.

Am 28. Januar 2025 gab es zur Kampagne eine Podiumsdiskussion mit [EPICENTER](#) und der Friedrich Naumann Stiftung, deren Kuratoriumsmitglied Forum-Leiter Stefan Kolev ist, als Co-Veranstalter.^[30]

Leiter und Kuratorium

Leiter des Forums ist Stefan Kolev, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zwickau und Mitglied des Kuratoriums der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, der sich in einer Vielzahl neoliberaler Netzwerke und Denkfabriken betätigt. So ist er Gründungsmitglied des Netzwerks [NOUS](#), Beiratsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des [Walter Eucken Institut](#) und des globalen Elitenetzwerks [Mont Pelerin Society](#).^[31] Weiterhin ist er Mitglied des Kuratoriums des [Humboldt Forums Wirtschaft](#) und Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).^[32] Kolev trat als Redner bei der 75. Jahrestagung der [Mont Pelerin Society](#) vom 4.-8. Oktober 2022 in Oslo auf und war Mitglied des "Programme Committee" dieser Veranstaltung.^[33] Auch bei der [Jahrestagung 2023](#), die vom [Cato Institute](#) und [Stand Together](#) gesponsert wurde, gehörte er zu den Referenten.

Mitglieder des Kuratoriums sind:

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor an der Uni Siegen, Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

- Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy
- Jens Weidmann, Professor an der Frankfurt School of Finance & Management, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank
- Harold James, Wirtschaftshistoriker an der Princeton University
- Inga Michler, Wirtschaftsreporterin und Moderatorin der Welt-Gruppe

Quelle: ^[34]

Kooperationspartner

Zu den Kooperationspartnern gehören nach eigenen Angaben: [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Initiative Selbständiger Immigrantinnen e.V., [NOUS](#), [Walter Eucken Institut](#), Wilhelm Röpke Forum und [Zentrum Liberale Moderne](#)^[35]

Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung

Die Gründung des Forums wurde durch eine Anschubfinanzierung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Höhe von 800 Tsd. Euro möglich. Im Antrag auf Förderung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Bildung hat die Ludwig Erhard Stiftung das Vorhaben wie folgt beschrieben: Die Aktivitäten des Forums reichten von der Politikberatung bis zur allgemeinen Wissensvermittlung. Im wissenschaftlichen Austausch mit Experten und Interessengruppen in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft würden Konzepte und Strategien erarbeitet, die Grundlage für die politische Beratungstätigkeit sowie des Wissenstransfers in die breite Öffentlichkeit seien. ^[36] In der Ludwig Erhard Stiftung sind ausschließlich Interessengruppen der Wirtschaft und wirtschaftsnahe Experten vertreten, die in vielen Fällen auch Gutachten für Lobbyorganisationen erstellen. Der Vorstandsvorsitzende [Roland Koch](#) beschreibt seinen Auftrag als Aufsichtsratsmitglied der Vodafone GmbH im [Lobbyregister](#) wie folgt: „Allgemeines Interesse an unternehmerfreundlicher und technologieoffener Regulierung im Bereich der Kommunikationsindustrie, sowie bei den Digitalisierungsprojekten“. Die Ludwig Erhard Stiftung und ihr Forum bietet Wirtschaftsverbänden und Unternehmen die Möglichkeit, ihre Sicht von Wirtschaft und Gesetzgebung Politikern und der Öffentlichkeit nahezubringen, ohne dass ein Lobbybezug sofort zu erkennen ist. Diese Aktivitäten werden sogar staatlich gefördert.

Kooperationen

Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände

Das Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft (LEF) ist von der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) gemeinsam initiiert worden. ^[37] Auf der ersten Veranstaltung des LEF, die am 23.01.2024 im HessenChemie Campus stattfand, betonte Oliver Coenenberg (Sanofi-Aventis Deutschland, Vorsitzender von HessenChemie und VhU-Vizepräsident), wie essenziell es sei, vonseiten der Politik förderliche Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmertum und Leistungsbereitschaft zu schaffen. ^[38] Am 11.02.2025 findet eine Veranstaltung „KI und gesellschaftlicher Frieden: Wer übernimmt die Verantwortung?“ der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, der ODDO BHF und der Ludwig-Erhard-Stiftung statt. ^[39]

"Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken

Die „Frankfurter Gespräche“ sind Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit Banken zu geld- und wirtschaftspolitischen Themen in Frankfurt, die bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, der Deutschen Bank und der Bundesbank stattfanden.^[40] Ein Beispiel ist die Veranstaltung vom 06.11. 2023: „Globalisierung: Wie tragfähig sind die internationalen Netzwerke?“ mit den folgenden Diskussteilnehmern^[41]

- Burkhard Balz, Mitglied der Ludwig Erhard-Stiftung e.V., Mitglied des Bundesbank-Vorstands, ehem. CDU-Politiker
- Roland Koch, Vorstandsvorsitzender der Ludwig Erhard Stiftung e.V., Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Ralf Fücks, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne, ehem. Grünen-Politiker
- Steffen Kampeter, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Hauptgeschäftsführer des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#), ehem. CDU-Politiker
- Fritzi Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW Bankengruppe

Die Veranstaltung findet in der Hessischen Hauptverwaltung der Bundesbank statt.

Wirtschaftsrat der CDU

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und der Verein bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[42] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen. 2023 fand die Ludwig-Erhard-Lecture 2023 in Kooperation mit der Stiftung statt.^[43] Zu den Aktivitäten des Vorsitzenden Koch im Wirtschaftsrat der CDU gehört z. B. die maßgebliche Beteiligung an der Erarbeitung eines Positionspapiers im „Thinktank Deregulierung“.^[44]

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. veranstaltet gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ein jährliches Kolloquium in Berlin.^[45] Beide Organisationen führen mehrtägige Seminare durch, bei denen Konzeption und Politik der Sozialen Marktwirtschaft mit jungen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten erörtert werden.^[46] Das Promotionskolleg der Konrad-Adenauer-Stiftung steht seit 2015 unter der Schirmherrschaft des Vorstandsvorsitzenden Roland Koch.^[47]

Friedrich-Naumann-Stiftung

Am 27.06.2023 fand eine Veranstaltung der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. und der Friedrich-Naumann-Stiftung im Forum Factory zum Thema „1948: Start für eine Ordnung des Wettbewerbs“ statt.^[48] Stefan Kolev, Leiter des Ludwig Erhard Forums, ist Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Die Familienunternehmer

Mit dem Gutachten [Der Eigentumsbegriff in den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2021: Eine ökonomische Analyse](#) im Auftrag des Vereins und des Verbandes [Die Familienunternehmer - ASU](#) mischten sich die beiden Organisationen in den Bundestagswahlkampf 2021 ein. Die Studie kommt zum Ergebnis,

dass Hauptkonfliktlinien die Fragen der Einführung einer Vermögensteuer und der steuerlichen Behandlung von Kapitalerträgen sind. Mit Blick auf die Umwelt- und Klimapolitik verwies Roland Koch in einer Presseerklärung auf fundamentale Unterschiede zwischen den Plänen der Parteien: „Wer Verbrennungsmotoren verbietet, um den CO₂-Ausstoß zu senken, entwertet sowohl Sachkapital als auch geistiges Eigentum. Installiert der Staat hingegen ein System von handelbaren Zertifikaten für den CO₂-Ausstoß, werden im Gegenteil neue Eigentumsrechte geschaffen, und der Marktmechanismus wird genutzt, um die effizienteste Technik zur Vermeidung von CO₂ zu finden.“^[49]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Am 24. September 2015 fand die Veranstaltung „Reform der Erbschaftsteuer – Der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums in der Kritik“ statt. Veranstalter waren die Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die Deutsche Stiftung Eigentum, die Stiftung Familienunternehmen und die Friedrich-Naumann-Stiftung.^[50]

Finanzen

Allgemein

Die Mittel für die Aktivitäten der marktliberalen Ludwig-Erhard-Stiftung e. V. sollen durch freiwillige Beiträge, durch Spenden und öffentliche Fördermittel aufgebracht werden. Bis zum erstmaligen Eintrag der Stiftung in das Lobbyregister im April 2024 war die Finanzierung der Stiftung intransparent.^[51] Der nach § 15 der Satzung aufzustellende Jahresabschluss und Geschäftsbericht wurden nicht veröffentlicht. Auf der Webseite fehlten folgende Angaben: Höhe des Etats, Höhe der Beiträge und Spenden, Namen von Großspendern. Seit April 2024 ist beim Lobbyregister der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 abrufbar, in dem die Tätigkeit und Finanzierung der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. detailliert beschrieben wird.

2023 lagen die Zuwendungen der öffentlichen Hand zwischen 390.001 und 400.000 Euro (Bundesministerium für Bildung und Forschung), die Schenkungen und sonstigen lebzeitigen Zuwendungen insgesamt zwischen 420.001 und 430.000 Euro und die Mitgliedsbeiträge zwischen 20.001 bis 30.000 Euro.^[52]

Kapitalstock

Laut Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 hat der Verein einen Kapitalstock in Höhe von 6 Mio. Euro, der auf eine Zuwendung des Bundes (Bundewirtschaftsministerium) aus dem Bundeshaushalt 1989 zurückgeht. Die Zuwendung erfolgte unter der Voraussetzung, dass von dritter Seite – also aus privaten Spenden – ein Betrag von mindestens gleicher Höhe erbracht wird. Diese Bedingung wurde erfüllt. 1989 war Helmut Kohl (CDU) Bundeskanzler und Helmut Haussmann (FDP) Bundeswirtschaftsminister. Die Mitgliederversammlung hat am 02.10.2003 dem Vorschlag der Geschäftsführung über die Mittelverwendung und die Zuführung von EUR 1.123.556,24 aus der freien Rücklage zum Kapitalstock zugestimmt. Sie hat am 27.06.2008 dem Vorschlag des damaligen Schatzmeisters, Martin Grüner, über die Mittelverwendung und die Zuführung von EUR 500.000,00 aus der freien Rücklage zum Kapitalstock zugestimmt. Der FDP-Politiker war bis 1990 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und zuletzt im Bundesumweltministerium und danach von 1997 bis 2014 Schatzmeister des Vereins.

Projektzuschüsse

Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarischen Anfrage der Fraktion Die Grünen aus dem Jahr 1987 erhielt die Stiftung jahrelang erhebliche Zuschüsse aus Bundesmitteln zu einzelnen Projekten, weil die Bundesregierung es für notwendig hielt, die Arbeit der Stiftung "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" zu unterstützen.^[53] Die Anfrage wurde vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium von Wartenberg (CDU) beantwortet, der später zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) als Hauptgeschäftsführer wechselte. Es blieb unklar, in welchem Umfang die Stiftung danach Bundeszuschüsse erhalten hat. Bekannt ist, dass sie im Jahr 2022 aufgrund eines Kooperationsvertrags vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 124.828,34 Euro gefördert wurde.^[54]

Im Dezember 2021 ist Bettina Stark-Watzinger (FDP), die Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. ist, Bundesministerin für Bildung und Forschung geworden. Am 30. November 2022 hat die Stiftung beim Bundesministerium für Bildung und Forschung den Antrag gestellt, die Gründung des **Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft** zu fördern. Mit Zuwendungsbescheid vom 26. Januar 2023 hat das Ministerium der Stiftung für dieses Vorhaben eine Zuwendung bis zu 810.578,72 Euro bewilligt.^{[55][56][57]} Die Zuwendung für dieses Projekt soll wie folgt zur Verfügung gestellt werden: 400.000 Euro im Haushaltsjahr 2023, 410.578,72 Euro im Haushaltsjahr 2024. Nach Angaben des Ministeriums ist Grundlage für die Förderung, deren Notwendigkeit nicht erläutert wird, der Beschluss des Haushaltsausschusses vom 19. Mai 2022.^[58] Dieser habe im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens auf Antrag der AG Haushalt der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17. Mai 2022 für das Jahr 2022 bestimmt, dass das genannte Vorhaben der Ludwig-Erhard-Stiftung gefördert werden soll. In dem Antrag wird die Förderung wie folgt begründet: "Das „Ludwig Erhard Forum für Politik und Wissenschaft“ soll die Bestrebungen verstärken, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als besondere Form einer friedentiftenden Gesellschaftsordnung in der internationalen Wirtschaftswissenschaft besser zu verankern."^[59] Die Sitzungen des Haushaltsausschusses sind nicht öffentlich; Sitzungsprotokolle und Ausschussdrucksachen sind nicht für eine Veröffentlichung bestimmt. Es bleibt somit unklar, ob und von welchen seiner Mitglieder weitere Gründe für die Förderung vorgetragen worden sind. Otto Fricke, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion und Mitglied im Haushaltsausschuss, ist ebenfalls Mitglied der Ludwig Erhard Stiftung. Welche Akteure aus der Politik und/oder dem Ministerium sich für die Förderung des Ludwig-Erhard-Forums eingesetzt haben, ist nicht bekannt. In einer Regierungspressekonferenz vom 28. Juni 2024 erklärte ein Sprecher des Ministeriums, dass Bundesministerin Stark-Watzinger „an keiner Stelle in dem genannten Förderprozess beteiligt war“.^[60]

Im Jahr 2023 erhielt die Stiftung laut [Lobbyregister](#) die folgenden Projektzuschüsse:

- Bundesministerium für Bildung und Forschung 390.001 bis 400.000 Euro
- Heinz Nixdorf Stiftung: 320.001 bis 330.000 Euro
- dm-Werner-Stiftung: 50.001 bis 60.000 Euro

Zitate von Müller-Armack

Müller-Armack hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Die folgenden Zitate stammen aus seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“^[61]

Zu **Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit**:

"Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken"

Zu **Mindestlöhnen**:

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden"

Weiterführende Informationen

- [Wohlstand für Alle - Fördern, Fordern, Freiheit - Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung 2023](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Lebenslauf](#), roland-koch.de, abgerufen am 05.05.2024
2. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de. bunestag, abgerufen am 25.08.2022
3. ↑ [Ludwig Erhards Stimme in Berlin - Archiv](#), ludwig-erhard.de vom 26.08.2022, abgerufen am 25.04.2024
4. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.04.2024
5. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister. bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
6. ↑ [Das süße Gift der Subventionen bleibt ein Gift!](#), ludwig-erhard.de vom 01.09.2023, abgerufen am 24.04.2024
7. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
8. ↑ [Aufgabe der Stiftung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.04.2024
9. ↑ [Die Soziale Marktwirtschaft muss nicht neu erfunden werden, in: Wohlstand für Alle. Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), holderstock-media.1cloud.com, abgerufen am 24.04.2024
10. ↑ [Standpunkt](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
11. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de. bunestag, abgerufen am 25.08.2022
12. ↑ [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), stiftung-westfalen.de, abgerufen am 06.05.2024
13. ↑ [Die Stiftung - Auszeichnungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 06.05.2024
14. ↑ [LES-Exklusiv: „Europäische und deutsche Energiepolitik: Zusammenspiel oder Widerspruch?“](#), ludwig-erhard.de vom 08.11.2023, abgerufen am 26.01.2025
15. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025

16. ↑ [LES-Aktuell - „Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie“](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.01.2025
17. ↑ [About Us](#), amcham.de, abgerufen am 04.12.2025
18. ↑ [Teuteberg in Beirat von ProSiebenSat.1 Media berufen](#), politik-kommunikation.de vom 08.02.2022, abgerufen am 25.08.2022
19. ↑ [Mitgliederversammlung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
20. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
21. ↑ [Pressemitteilung 23.08.2022](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.08.2022
22. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
23. ↑ [Andreas Hoffmann](#), de.linkedin.com, abgerufen am 06.02.2025
24. ↑ [Festschrift fünf Jahre Hayek-Kreis Referenten](#), freiheit.org, abgerufen am 06.02.2025
25. ↑ [Contact](#), leipzigcolloquium.de, abgerufen am 06.02.2025
26. ↑ [#LeipzigColloquium: “Capitalism versus Socialism: The Confusion of Frank Knight, the Clarity of Ludwig von Mises”](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 04.02.2025
27. ↑ [Unsere Kampagne für Innovation und Bürokratieabbau](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 10.02.2025
28. ↑ [Impulse zu Innovation und Bürokratieabbau](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 10.02.2025
29. ↑ [Gross Impulse zu Innovation und Bürokratieabbau](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 10.02.2025
30. ↑ [Presseauftritt](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 11.02.2025
31. ↑ [Team](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 07.08.2024
32. ↑ [Umweltschutz durch Kreativität](#), insm-oekonomenblog.de vom 15.02.2022, abgerufen am 27.08.2022
33. ↑ [Speakers](#), mpso.org, abgerufen am 27.08.2022
34. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de vom 07.09.2023, abgerufen am 26.10.2023
35. ↑ [Kooperationen](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 04.09.2024
36. ↑ [Vorhabenbeschreibung](#), fragdenstaat.de, abgerufen am 04.08.2024
37. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
38. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
39. ↑ [KI und gesellschaftlicher Frieden: Wer übernimmt die Verantwortung?](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 04.01.2025
40. ↑ [Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.10.2023
41. ↑ [Podiumsdiskussion im Rahmen der Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.10.2023
42. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021
43. ↑ [Ludwig-Erhard-Lecture 2023 mit Lars P. Feld](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
44. ↑ [Wirtschaftsrat fordert im Handelsblatt breiten Bürokratieabbau](#), wirtschaftsrat.de vom 28.03.2022, abgerufen am 29.12.2023
45. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
46. ↑ [Seminare](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
47. ↑ [Kooperationen](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 04.09.2024
48. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
49. ↑ [Pressemitteilung](#), ludwig-erhard.de vom 23.08.2021, abgerufen am 25.12.2023

50. ↑ [\[Reform der Erbschaftsteuer\]](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 01.01.2024
51. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
52. ↑ [Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.04.2024
53. ↑ [Kleine Anfrage](#), bundestag.de vom 09.12.1987, abgerufen am 11.07.2021
54. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
55. ↑ [Ludwig Erhards Stimme in Berlin - Archiv](#), ludwig-erhard.de vom 26.08.2022, abgerufen am 25.04.2024
56. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.04.2024
57. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), abgerufen am 25.04.2024
58. ↑ [Frag den Staat Kooperationsvertrag mit der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.](#), fragdenstaat.de, abgerufen am 15.07.2024
59. ↑ [Antrag AG Haushalt der Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.05.2022](#) Arbeitsunterlage für die Sitzung am 19. Mai 2022 TOP 31, Ausschussdrucksache: 1254
60. ↑ [Regierungspressekonferenz vom 28. Juni 2024](#), bundesregierung.de, abgerufen am 18.07.2024
61. ↑ Zitiert nach: [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 19.9.2011

Jenaer Allianz

Die »Jenaer Allianz zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft« (**Jenaer Allianz**) ist ein Kooperationsnetzwerk von neoliberalen und wirtschaftsnahen Organisationen, Institutionen und Persönlichkeiten. Sie wurde anlässlich der Jubiläumskonferenz »60 Jahre Soziale Marktwirtschaft« 2008 in Jena gegründet. Im damals veröffentlichten »Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft« sind die Überzeugungen und Ziele der Jenaer Allianz veröffentlicht. Zu den Mitgliedern gehören auch die Lobbyorganisationen [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (über ihren Geschäftsführer), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#), die im Rahmen der Jenaer Allianz mit den beteiligten Stiftungen und Denkfabriken kooperieren.

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	48
2 Personen und Organisationen	48
2.1 Unterzeichner Gründungsaufruf	48
2.2 Sprecher	48
2.3 Mitglieder	48
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	49
4 Einzelnachweise	49

Aktivitäten

Alle zwei Jahre verleiht die Jenaer Allianz den mit 10 Tsd. Euro dotierten »ORDO-Preis für ordnungspolitische Innovationen« gemeinsam mit dem [Institut für Wirtschaftspolitik](#). Stifter des Preises sind der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, die Sparkasse KölnBonn und die Kreissparkasse Köln. Die Festrede bei der Verleihung des Preises 2014 hielt Ingo Kramer, Präsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). Im jeweils anderen Jahr veranstaltet sie den »Jenaer Konvent zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft«. Der Walter Eucken Preis der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena wird alle zwei Jahre im Rahmen des »Jenaer Konvent zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft« verliehen.

Weiterhin werden Veranstaltungen und Konferenzen organisiert wie der INSM-Frühstücksdialog „Zukunft des Soli“, das ECONWATCH-Meeting und der Hayek Summer Workshop.

Personen und Organisationen

Unterzeichner Gründungsaufruf

Den Gründungsaufruf der [Jenaer Allianz](#) unterzeichneten:

- Michael Borchard ([Konrad-Adenauer-Stiftung](#))
- Uwe Cantner
- Andreas Freytag und Rupert Windisch (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Jena)
- [Nils Goldschmidt](#) und [Michael Wohlgemuth](#) ([Walter Eucken Institut](#))
- [Gerd Habermann](#) ([Die Familienunternehmer - ASU](#))
- [Joachim Starbatty](#) ([Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#))
- Martin Wilde ([Bund Katholischer Unternehmer](#))
- Lars Vogel ([Ludwig-Erhard-Stiftung](#))
- Joachim Zweynert ([Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#)/[Wilhelm-Röpke-Institut](#)).

Zu den Initiatoren gehören weiterhin: [Institut für Wirtschaftspolitik](#) und [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#).

Sprecher

Sprecher der Jenaer Allianz sind (Stand: Januar 2019)

- [Nils Goldschmidt](#), Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- Gunther Schnabl, Leiter des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Autor des [INSM-ÖkonomenBlogs](#)^[1]

Quelle:^[2]

Mitglieder

Mitglieder sind die folgenden Organisationen und Personen (Stand: Januar 2019)

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

- [Bund Katholischer Unternehmer](#) (BKU)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [ECONWATCH](#)
- [Institut für Wirtschaftspolitik](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Open Europe Berlin](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
- Andreas Freytag, Professor für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, vertritt die Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Gerd Habermann, Geschäftsführer und Initiator der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und Vorsitzender der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#)
- Thomas Kösters, vertritt die Handwerkskammer Düsseldorf
- Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der [INSM](#), vertritt die INSM
- Gunther Schnabl, Sprecher der Jenaer Allianz, vertritt das Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig

Quelle: ^[3]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil](#), wifa.uni-leipzig.de, abgerufen am 23.01.2019
2. ↑ [Impressum](#), jenaerallianz.de, abgerufen am 23.01.2019
3. ↑ [Mitglieder](#), jenaerallianz.de, abgerufen am 23.01.2019

Die Familienunternehmer - ASU

Weiterleitung nach:

- [Die Familienunternehmer](#)

Institut für Wirtschaftspolitik

Institut für Wirtschaftspolitik

Institut für Wirtschaftspolitik

Das wirtschaftsnahe **Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln** (iwp) beschäftigt sich mit der Forschung und Politikberatung auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Träger des Instituts ist seit 2014 der Fördererkreis des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität der Universität zu Köln e.V.

(Fördererkreis)^[1], dem neben der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer Verbände und Unternehmen angehören.^[2]

Vorstandsmitglied des Förderkreises ist [Franz Schoser](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), ehem.

Schatzmeister der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), ehem.

Hauptgeschäftsführer des [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK) und ehem. Vorstandsmitglied des [Bund Katholischer Unternehmer](#). Das Institut galt lange Zeit als eine Hochburg des Neoliberalismus im universitären Bereich.



Institut für Wirtschaftspolitik
an der Universität zu Köln

Hauptsitz	Köln
Gründung	1950
Tätigkeitsbereich	Forschung und Politikberatung
Mitarbeiter	<text>
Etat	<text>
Webadresse	www.ipw.uni-koeln.de

Inhaltsverzeichnis

1 Geschichte	50
2 Aktivitäten	51
3 Organisationsstruktur und Personal	51
3.1 Träger des Instituts	51
3.2 Direktoren	51
3.3 Projektpartner	52
4 Kooperationen	52
4.1 Jenaer Allianz	52
5 Neuausrichtung der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln	52
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	53
7 Einzelnachweise	53

Geschichte

Das Institut wurde 1950 von Müller-Armack und Franz Greiß gegründet.

Alfred Müller-Armack (1901 – 1978) hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt, nach der der Markt zwar im Prinzip als optimales Steuerungsinstrument wirkt, sozial unbefriedigende Marktergebnisse jedoch vom Staat korrigiert werden sollten. Nach Müller-Armack war es ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken.^[3] Damit hat er schon früh marktradikale Positionen kritisiert, die später auch von Direktoren des iwp vertreten wurden.

Franz Greiß (1905 – 1995), Unternehmer, war Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer (IHK), Mitbegründer des Arbeitgeberverbandes der Chemischen Industrie und der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). Weiterhin gründete er 1949 den [Bund Katholischer Unternehmer](#) (BKU).

Aktivitäten

Das Institut versteht sich als Think Tank, angesiedelt im universitären Umfeld, mit dem Anspruch, den aktuellen Stand der Wissenschaft für die Erarbeitung praktischer Politikempfehlungen zu nutzen.^[4] Die vorrangige Aufgabe des Instituts liege in der Untersuchung aktueller grundlegender Probleme im Bereich der Wirtschaftspolitik. Das besondere Augenmerk gelte dabei ordnungspolitischen Fragestellungen und den für eine funktionsfähige Soziale Marktwirtschaft erforderlichen institutionellen Rahmenbedingungen.^[5] Es werden die folgenden Publikationen herausgegeben: Kölner Impulse zur Wirtschaftspolitik, Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik.

Das Institut organisiert unterschiedliche Veranstaltungsreihen. Veranstaltungsformate sind: Ringvorlesung, wirtschaftspolitischer Dialog, Symposien, Kinderuni, Lehrerfortbildung, Dialog Wissenschaft & Praxis. Der [Kölner wirtschaftspolitische Dialog: Praxis trifft Wissenschaft](#) wird in Zusammenarbeit mit der [Otto Wolff Stiftung](#) veranstaltet, die das Institut für Wirtschaftspolitik fördert. Franz Schoser, Vorstandsvorsitzender der [Otto Wolff Stiftung](#), ist gleichzeitig Vorstandsmitglied des Fördererkreises des Instituts für Wirtschaftspolitik. Die Veranstaltungsreihe richtet sich an ein Publikum von Verbandsvertreter*innen, Unternehmer*innen und Behördenmitarbeiter*innen, interessierten Studierenden, Lehrer*innen und andere Multiplikatoren.

Organisationsstruktur und Personal

Träger des Instituts

Träger des Instituts ist seit 2014 der Fördererkreis des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln e.V. (Förderkreis). Institutionelle Mitglieder sind neben der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer auch viele Verbände und Einzelunternehmen der Versicherungs-, Wohnungs- und Gesundheitswirtschaft.^[6]

Vorstandsmitglieder des Fördererkreises sind:

- Josef Meyer, bis 2018 Vizepräsident des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., ehem. Vorstandssprecher der Deutschen Bau- und Grundstücks-AG^[7]
- Franz Schoser, Vorstandsvorsitzender der [Otto Wolff Stiftung](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), war Schatzmeister der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handels (kammer)tages (DIHK) und Vorstandsmitglied des [Bund Katholischer Unternehmer](#)
- Rolf Wickenkamp, Gründer und CEO von [Wickenkamp Consulting](#)

Quelle: ^[8]

Direktoren

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln hat das Recht, eine/n oder mehrere Professor/in bzw. Professor/inn/en, in dessen/deren Aufgabengebiet die Aufgaben des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln liegen, als Direktor/in bzw. Direktor/inn/en des Instituts vorzuschlagen (§ 15 Abs. 5 der Satzung des Fördererkreises). Die Bestellung des/der Direktor/s/in bzw. der Direktor/inn/en ist Aufgabe der Mitgliederversammlung des Fördererkreises.

Direktoren sind:

- Michael Krause, Professor für Makroökonomik am Center for Macroeconomic Research (CMR) der Universität zu Köln
- Steffen J. Roth, Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik, bis 01/2020 Geschäftsführer der inzwischen liquidierten Otto-Wolff-Institut für Wirtschaftsordnung gGmbH^[9], Autor des ÖkonomenBlog der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)

(Stand: Juli 2021) Quelle: ^[10]

Projektpartner

Zu den Projektpartnern gehören u.a.:

- [Bertelsmann Stiftung](#), [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw), mehrere Bundesministerien, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW, Bundesverband Braunkohle, Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Monopolkommission und [Otto Wolff Stiftung](#)

Kooperationen

Jenaer Allianz

Das Institut für Wirtschaftspolitik ist Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen ([Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#)) mit Stiftungen und neoliberalen Denkfabriken kooperieren.

Neuausrichtung der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln

2009 sind die Pläne der Fakultät, sechs vakante VWL-Lehrstühle zu einem Forschungsschwerpunkt für Makroökonomie aufzubauen, auf die massive Kritik von emeritierten Professoren und Förderern gestoßen. ^[11] Zu den Kritikern gehören vor allem die emeritierten Professoren Willgerodt und Watrin sowie der Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik, Roth, nach dessen Auffassung die Berufungen von Makroökonomien auf die wirtschaftspolitischen Lehrstühle einer kompletten inhaltlichen Umwidmung gleichkämen. Auch Donges teilt die Kritik. Dem Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik, Eekhoff, werden laut Handelsblatt Sympathien für die Kritiker nachgesagt. Außerhalb der Fakultät gehören zu den Kritikern [Franz Schoser](#) (Vorsitzende des Förderkreises), Patrick Adenauer (Präsident des Verbandes [Die Familienunternehmer - ASU](#)) und [Michael Hüther](#) ([Institut der deutschen Wirtschaft](#)). Einer der Befürworter, Achim Wambach (Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik), unterstützt die Reformen mit dem Argument, die Wissenschaft habe sich weiterentwickelt – es werde heute nicht mehr in Philosophien argumentiert, es gehe mehr um empirische Fragen. Der Kölner Professor Ockenfels argumentiert, es könne nicht sein, dass Leute, die mit Forschung schon lange nichts mehr zu tun hätten, der Fakultät sagen wollten, wer als Professor infrage komme und wer nicht. ^[12] Wolfgang Lieb kommentiert in den „NachDenkSeiten“, die Vertreter der ordoliberalen Schule, für die jeder Eingriff in den Markt als Eingriff in die Freiheit des Einzelnen gelte, erlebten angesichts der Katastrophe der deregulierten Finanzmärkte und der Wirtschaftskrise ihre größte Niederlage seit den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts. ^[13] Die sechs makroökonomisch orientierten Stellen sind inzwischen besetzt.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Fördererkreis](#), iwip.uni-koeln.de, abgerufen am 26.07.2021
2. ↑ [Institut für Wirtschaftspolitik](#), wiso.uno-koeln.de, abgerufen am 26.07.2021
3. ↑ [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ vom 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 7. 11. 2011
4. ↑ [Leitbild](#), iwip.uni-koeln.de, abgerufen am 06.06.2016
5. ↑ [Institut](#), iwip.uni-koeln.de, abgerufen am 26.07.2021
6. ↑ [Institut für Wirtschaftspolitik](#), wiso.uno-koeln.de, abgerufen am 26.07.2021
7. ↑ [Vizepräsidenten](#), deutscher-verband.org, abgerufen am 01.12.2016
8. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln - VR 5131](#), abgerufen am 26.07.2021
9. ↑ [Steffen J. Roth](#), companyhouse.de, abgerufen am 25.07.2021
10. ↑ [Team](#), uni-koeln.de, abgerufen am 25.07.2021
11. ↑ [Olaf Storbeck: Der Kölner Emeriti-Aufstand](#), Handelsblatt vom 17. Februar 2009, Website Handelsblatt, abgerufen am 7. November 2011
12. ↑ [Olaf Storbeck: Ökonomenstreit: Kölner Volkswirte bleiben hart](#), Handelsblatt vom 7. Juli 2009, Website Handelsblatt, abgerufen am 7. November 2011
13. ↑ [NachDenkSeiten vom 28. April 2009](#), Website nachdenkseiten, abgerufen am 7. November 2011

Walter Eucken Institut

Das **Walter Eucken Institut** ist ein Forschungs- und Beratungsinstitut mit einer wirtschaftsliberalen Ausrichtung, das bis 2015 eng mit der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) verbunden war. Alle Mitglieder des Vorstands sind auch Mitglieder der [Mont Pelerin Society](#), des weltweit größten neoliberalen Elitennetzwerks. Die Mitglieder des Instituts waren bis in die 90er Jahre in einer Vielzahl wissenschaftlicher Beratungsgremien der Bundes- und Landesregierungen sowie sonstiger regierungsnaher Institutionen vertreten. Die Bedeutung des Instituts in der Politikberatung hat in den letzten Jahren abgenommen.

Beim Walter-Eucken-Institut ist das Netzwerk [NOUS](#) angesiedelt, in dem sich die 2015 ausgetretenen Mitglieder der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) organisiert haben. Der Leiter des Instituts, [Lars P. Feld](#), ist Co-Vorsitzender dieses Netzwerks, das bis mindestens April 2024 Partner des [Atlas Network](#) war.

Walter Eucken Institut

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	11. Januar 1954
Hauptsitz	Goethestr. 10, 79100 Freiburg
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	walter-eucken-institut.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	54
2 Beurteilung der wirtschaftlichen Macht	54
3 Organisationsstruktur und Personal	55
3.1 Mitglieder	55
3.2 Mitglieder des Vorstands	55
3.3 Kuratorium	56
4 Forum Ordnungspolitik	57
5 Kooperation mit dem Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP)	57
6 Finanzen	57
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	58
8 Einzelnachweise	58

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Walter Eucken Institut wurde vier Jahre nach dem Tod von Walter Eucken von Freunden und Schülern mit Unterstützung des damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard am 11. Januar 1954 in der Rechtsform eines Vereins in Freiburg gegründet. Der radikal-neoliberale Ökonom [Friedrich August von Hayek](#) hat als erstes Vorstandsmitglied und danach Ehrenpräsident die Ausrichtung des Instituts maßgeblich geprägt. Hayek lehnt sowohl Korrekturen der Marktergebnisse unter sozialen Gesichtspunkten als auch die Bekämpfung wirtschaftlicher Macht durch staatliche Maßnahmen grundsätzlich ab. In der [Imagebroschüre 2019](#) findet sich unter „Die Gründungszeit des Walter Eucken Instituts“ ein Interview mit Hayek, in dem dieser sich zum Begriff „sozial“ wie folgt äußert: „Klar ist nur, daß eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft ist, ...soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit“.

Das Walter Eucken Institut versteht sich als Kompetenzzentrum für ordnungspolitische und ordnungsökonomische Grundlagenforschung.^[1] Zweck der Einrichtung sei es, diese Untersuchungen auf die praktische Umsetzung der Wettbewerbsordnung auszurichten und ordnungspolitisches Denken in die öffentliche Diskussion einzubringen. Es sollen Lösungswege für aktuelle tagespolitische Fragen sowie zur nachhaltigen Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft aufgezeigt werden. Zu den Veranstaltungen gehören Lehrveranstaltungen, die Walter Eucken-Vorlesung und die [Friedrich August von Hayek](#)-Vorlesung, Workshops und Symposien, Vorträge und Diskussionen sowie das Walter Eucken Research Seminar.

Beurteilung der wirtschaftlichen Macht

Eucken hat sich vehement für eine machtmindernde Wirtschaftspolitik ausgesprochen: "Erster Grundsatz: Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen".^[2] Nach seiner Auffassung wird wirtschaftliche Machtkonzentration in politische Macht umgemünzt und der Staat wird "von der Wirtschaft gefesselt".^[3] Nur die vollständige Konkurrenz auf dem Markt könne Machtkonzentrationen verhindern und dadurch die Freiheit garantieren. Diese Idee hält die Eucken-Gesellschaft unter dem Einfluss von F.A. von Hayek für realitätsfern. Der Frankfurter Publizist und Eucken-Enkel Walter Oswalt meint, die Freiburger Schule habe sich nach Euckens Tod nicht weiterentwickelt. Die zentrale Kritik Euckens an der ökonomischen Macht sei vielmehr bei denen, die sich

mit Eucken befassten, ganz aus dem Blickfeld getreten.^[4] Oswalt aktualisiert die Vorstellungen von Eucken zum Problem der wirtschaftlichen und politischen Macht in dem von ihm herausgegebenen Buch "Walter Eucken Ordnungspolitik" (Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Münster 1999). Eine kritische Würdigung Euckens in der Süddeutschen Zeitung vom 24. Juni 2016 durch [Peter Bofinger](#), ehem. Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), kann [hier](#) abgerufen werden.

Das Walter Eucken Institut lässt keine Distanz zur wirtschaftlichen Macht erkennen. Vielmehr entsprechen seine Argumentationsmuster weitgehend denen der großen Wirtschaftsverbände, mit denen es auch personell verflochten ist. Im Gegensatz zu Eucken, der zur Einschränkung wirtschaftlicher Macht als zentralem Problem einer Gesellschaft sogar die Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen für geboten hält, sieht [Lars P. Feld](#), der Leiter des Walter Eucken Instituts, auf diesem Gebiet keinen Handlungsbedarf. Der deutsche Staat verteile so stark Einkommen um wie kaum ein anderes Land und die Behauptung, dass mächtige wirtschaftliche Interessengruppen einen größeren und für die Massen schädlicheren Einfluss hätten als linke Protestgruppen und Bürgerforen, sei schlicht falsch.^[5]

Organisationsstruktur und Personal

Die Leitung des Instituts ist seit 2001 mit dem damals geschaffenen Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik verknüpft.^[6] Das vom Land Baden-Württemberg finanzierte Institut wird von einem Verein getragen, zu dessen Gremien das Kuratorium gehört. Wegen der Verbindung von Lehrstuhl und Institut kann das Kuratorium die Besetzung der Institutsleitung und die des Lehrstuhls beeinflussen.

Mitglieder

[Mitglieder](#) des Vereins sind Unternehmen aus der Region Freiburg und "Privatpersonen", die zum Teil Inhaber von Unternehmen sind.^[7] Zu den Mitgliedern gehören:

- Karl Friedrich von Hohenzollern, Unternehmensgruppe Fürst von Hohenzollern, Mitglied des Bundesvorstands des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Familienunternehmen](#) ^{[8][9]}
- Nicola Leibinger-Kammüller, Vorsitzende des Vorstands der Trumpf GmbH & Co. KG, Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Familienunternehmen](#) ^[10]
- Olaf Prüßmann, Direktor für Wirtschaftspolitik und Finanzdienstleistungen beim Rat der Europäischen Union ^[11], Bewerber der FDP zur Europawahl 2009 auf der gemeinsamen Liste aller Länder ^[12]

Mitglieder des Vorstands

- [Lars P. Feld](#) (Direktor), Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg
 - Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen: Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzender
 - [ECONWATCH](#): Kuratoriumsmitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#): Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Mitglied
 - „Kronberger Kreis“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#): Sprecher

- Von Schweizer Milliardären finanzierte Denkfabrik [Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik](#) (IWP): Mitglied des Beirats^{[13][14]}
- [Agenda Austria](#): Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
- (2022-2024) Berater des damaligen Bundesfinanzministers Christian Lindner (FDP)
- (2011-2021) [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR): Mitglied
- (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- [Christoph Schaltegger](#) Ordinarius für Politische Ökonomie an der Universität Luzern
 - Von Schweizer Milliardären finanzierte Denkfabrik [Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik](#) (IWP): Direktor und Gründer^{[15][16]}
 - [Agenda Austria](#): Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - Netzwerk [NOUS](#): Mitglied
 - [economiesuisse](#) (Dachverband der Schweizer Wirtschaft): ehemaliger Leiter des Bereichs Finanz- und Steuerpolitik sowie Mitglied der Geschäftsleitung

Kuratorium

- Gerhard Kempter (Vorsitzender), Geschäftsführer der Kempter Financial Management GmbH, Freiburg, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Volksbank Freiburg, ehemaliges Vorstandsmitglied des Verbandes unabhängiger Vermögensberater (VuV)
- [Karen Horn](#) (Stellv. Vorsitzende), ehemalige Leiterin des Hauptstadtbüros des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzende
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Stellv. Vorstandsvorsitzende
 - [Herbert-Giersch-Stiftung](#): Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich-Naumann-Stiftung](#): Vertrauensdozentin
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): Vorsitzende des Vorstands
- Susanne Hübschmann, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
- Wolfgang Kerber, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Marburg, ehem. Leiter des Walter Eucken Institut
- Kerstin Krieglstein, Rektorin der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Günter Knieps, ehem. Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaften und Regionalpolitik an der Universität Freiburg
- Burkhard Knospe, Vorstandsvorsitzender der Testo AG
- Jan Schnellenbach, Prof. an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - Netzwerk [NOUS](#): Mitglied
 - [ECONWATCH](#): Mitglied

Forum Ordnungspolitik

Das Forum beschreibt sich wie folgt: „Das Forum Ordnungspolitik e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, die herausragende Bedeutung der Ordnungspolitik in die öffentliche Wahrnehmung zu befördern. Das geschieht u.a. durch Vorträge, Symposien sowie Veröffentlichungen von Beiträgen und Informationsbroschüren und die Unterstützung der wissenschaftlichen Grundlagenarbeit des Walter Eucken Instituts...Als lebendiges, weit verzweigtes Netzwerk, in dem sich Menschen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und engagierter Bürgerschaft zusammengeschlossen haben, setzen und suchen wir Impulse für innovatives Denken und zukunftsfähige Rahmenbedingungen, die eine freie, soziale und wettbewerbsfähige Marktwirtschaft zum Wohl der Menschen ermöglichen. Das tun wir in enger Zusammenarbeit mit dem Walter Eucken Institut.“^[17]

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender ist Paul Becker, Geschäftsführer Becker GbR.

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Susanne Cassel, Referatsleiterin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Vorsitzende von [ECONWATCH](#)
- Stefan Kolev, Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau. 2015, Wissenschaftlicher Leiter des [Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft](#)
- Sarah Necker, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg und Direktorin des Ludwig Erhard ifo Zentrums für Soziale Marktwirtschaft und Institutionenökonomik

Kooperation mit dem Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP)

Direktor und Gründer des [Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik](#) (IPW), das von Schweizer Milliardären unterstützt wird^{[18][19]}, ist Christoph Schaltegger, der neben [Lars P. Feld](#) Vorstandsmitglied des Walter Eucken Instituts ist. Feld sitzt seinerseits im Wissenschaftlichen Beirat des IPW. Beide gehören dem Wissenschaftlichen Beirat von [Agenda Austria](#) an. Sowohl das Walter Eucken Institut als auch das IPW sind Mitglied in einem [Akademischen Netzwerk](#) von 10 Organisationen. Geschäftsführer des IPW ist [René Scheu](#), Ex-Feuilleton-Leiter der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), der nach Meinung der Schweizer Wochenzeitung WOZ das Feuilleton der NZZ auf rechten Kulturkampf getrimmt hat.^[20] Förderstiftung des IWP ist die [Stiftung Schweizer Wirtschaftspolitik](#), deren Stiftungsrat-Präsident der langjährige Konzernchefs Alfred N. Schindler, Aufsichtsratsvorsitzender der Schindler Holding AG, ist.^[21] Nach Einschätzung der taz ist das IPW ein wichtiger Player in einer internationalen Szene liberal-libertärer Akteure, die vermeintlich übermäßige Staatsausgaben für die Wurzel allen Übels halten.^[22] Es produziere meinungsstarke akademische Papiere, Gastkommentare in diversen Medien und Verlagsbeilagen in der NZZ. Im September 2024 sei eine zwölfseitige NZZ-Beilage mit dem Titel „Sparen, Sparen, Sparen“ erschienen, in der Instituts-Direktor Schaltegger den FDP-Parteivorsitzenden und damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner interviewt habe.^[23] Mitpubliziert habe die Beilage das Walter Eucken Institut, dessen Direktor Feld die Schuldenbremse nicht streng genug ist.^[24]

Finanzen

Das Land Baden-Württemberg als finanzieller Träger des Instituts hat 2001 beschlossen, nicht nur den Institutsetat aufzustocken, sondern darüber hinaus eine C 3- Professur für Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Ordnungspolitik einzurichten.^[25] Der Lehrstuhlinhaber leitet auch das Institut.

Die Einnahmen stammten 2023 zu 55 % aus Öffentlichen Zuwendungen durch das Land Baden-Württemberg (institutionelle Förderung), zu 2% aus Öffentlichen Zuwendungen durch das Land (Projektförderung), zu 7 % aus Spenden/Mitgliedsbeiträgen und zu 36 % aus Drittmitteln /Forschungsbeiträgen (Wichtige Drittmittelgeber sind Unternehmen/Verbände und Gemeinnützige Auftraggeber).^[26]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil](#), eucken.de, abgerufen am 25.02.2017
2. ↑ Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Auflage, Tübingen 1990, S. 334.
3. ↑ Jakob Augstein: Das umstrittene Erbe Walter Euckens, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994, S. 34
4. ↑ Augstein, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994
5. ↑ [Lars P. Feld: Die Mär von der Postdemokratie](#), in: [Cicero](#), 26. Februar 2014, Webseite Cicero, abgerufen am 2. 5. 2014
6. ↑ [Uni Freiburg: Euckens Erben](#), Badische Zeitung vom 24. April 2009, Website der Badischen Zeitung, abgerufen am 27.02.2017
7. ↑ [Mitgliedschaft](#), euckeninstitut.de, abgerufen am 09.02.2025
8. ↑ [Bundesvorstand](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 09.02.2025
9. ↑ [Kuratorium](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 10.02.2025
10. ↑ [Kuratorium](#), amilienunternehmen.de, abgerufen am 10.02.2025
11. ↑ [Bericht aus Brüssel und Berlin](#), eucken.de vom 29.09.2023, abgerufen am 09.02.2025
12. ↑ [https://www.europawahl-bw.de/fileadmin/europawahl-bw/pdf/fdp_liste.pdf] europawahl-bw.de, abgerufen am 10.02.2025
13. ↑ [Kauft sich Milliardär Alfred Schindler ein Uni-Institut?](#), tagesanzeiger.de vom 10.05.2021, abgerufen am 07.02.2025
14. ↑ [Eine Denkfabrik für Reiche](#), woz.ch vom 23.12.2021, abgerufen am 07.02.2025
15. ↑ [Kauft sich Milliardär Alfred Schindler ein Uni-Institut?](#), tagesanzeiger.de vom 10.05.2021, abgerufen am 07.02.2025
16. ↑ [Eine Denkfabrik für Reiche](#), woz.ch vom 23.12.2021, abgerufen am 07.02.2025
17. ↑ [Über uns](#), forumordnungspolitik.de, abgerufen am 08.02.2025
18. ↑ [Schalteggers Ideologiemaschine](#), woz.de vom 29.08.2024, abgerufen am 08.02.2024
19. ↑ [Eine Denkfabrik für Reiche](#), woz.ch vom 23.12.2021, abgerufen am 07.02.2025
20. ↑ [Eine Denkfabrik für Reiche](#), woz.ch vom 23.12.2021, abgerufen am 07.02.2025
21. ↑ [Schindler Holding AG](#), marketscreener.com, abgerufen am 07.02.2025
22. ↑ [Lindner und die Schuldenbremse](#), taz.de vom 08.02.2025, abgerufen am 08.02.2025
23. ↑ [Lindner und die Schuldenbremse](#), taz.de vom 08.02.2025, abgerufen am 08.02.2025

24. ↑ [Die Schuldenbremse ist nicht streng genug](#), x.com/wolf vom 02.02.2025, abgerufen am 09.02.2025
25. ↑ Jahresbericht 2001 des Instituts, S.3
26. ↑ [Finanzierung](#), eucken.de, abgerufen am 09.02.2025

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut

Das **Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut** (HWWI) ist eine arbeitgebernahe Beratungs- und Forschungseinrichtung, deren alleiniger Gesellschafter seit 2016 die Handelskammer Hamburg ist. Die Ausrichtung des HWWI wurde maßgeblich von ihrem langjährigen Direktor [Thomas Straubhaar](#) geprägt, der u.a. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ist. Das HWWI beteiligt sich an Aktivitäten der INSM und weiterer wirtschaftsnaher Organisationen und neoliberaler Denkfabriken und hat deren Gründung ([Wilhelm-Röpke-Institut](#) und [Jenaer Allianz](#)) initiiert. Es war Mitglied des inzwischen aufgelösten [Stockholm Network](#), einer Dachorganisation neoliberaler Denkfabriken.

Neben dem Hauptsitz in Hamburg ist es mit einer Zweigniederlassungen in Bremen präsent. Der inzwischen geschlossenen Zweigniederlassung Erfurt war zeitweise das [Wilhelm-Röpke-Institut](#) angegliedert.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut gemeinnützige GmbH (HWWI)

[[Bild:<date>|center]]

Branche	Denkfabrik und Wirtschaftsforschung
Hauptsitz	Helmhuder Straße 71, 20148 Hamburg
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	hwwi.org

Inhaltsverzeichnis

1 Tätigkeitsbereiche	59
2 Struktur des HWWI	60
2.1 Gesellschafter	60
2.2 Geschäftsführer	60
2.3 Research Fellows	60
3 Kooperationen	61
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	61
5 Einzelnachweise	61

Tätigkeitsbereiche

Das HWWI ist ein den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verpflichteter Think Tank. Im Zentrum der Arbeit steht der Transfer aus Wissenschaft und Forschung in die Praxis von Wirtschaft und Politik sowie die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnis in Handlungsempfehlungen. Die Forschungsschwerpunkte sind: Digitalökonomie; Arbeit, Bildung und Demografie; Energie, Klima und Umwelt; Konjunktur, Weltwirtschaft und Internationaler Handel; Ökonomie der Städte und Regionen. Es erscheinen die folgenden Publikationen: HWWI Update, HWWI Standpunkt, Research Paper, Policy Paper, Partnerpublikationen, Dossiers, Gutachten und Studien, Edition HWWI und HWWI Insights. Das HWWI hat mehrere Gutachten für die INSM erstellt.

Struktur des HWWI

Gesellschafter

Ursprünglich waren die Handelskammer Hamburg und die Universität Hamburg Gesellschafter. 2016 erwarb die Handelskammer Hamburg von der Universität Hamburg deren 50 %-Beteiligung am HWWI für einen symbolischen Euro.^[1]

Geschäftsführer

- **Henning Vöpel**, zuvor Senior Economist am HWWI
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der HSBA Hamburg School of Business Administration
 - Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
 - Mitglied des Kuratoriums des Forum Hafen City

Ehemaliger Direktor und Geschäftsführer

- **Thomas Straubhaar**
 - [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#): Botschafter
 - **Friedrich-Naumann-Stiftung**: Mitglied des Kuratoriums
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#): Mitglied des Beirats
 - [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Roman Herzog Institut](#): Experte für Ökonomie
 - [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA): Gründungsmitglied der Policy Fellows
 - Verein Pro Bürgergeld: Mitinitiator

Research Fellows

Zu ihnen gehören (Stand: Januar 2019)

- Joachim Zweynert^[2]
 - Professor für Internationale Politische Ökonomie an der Uni Witten/Herdecke
 - Mitglied des Netzwerks [NOUS](#)^[3]
 - Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitautor des Jenaer Aufrufs zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ([Jenaer Allianz](#))
 - Dozent im Graduiertenkolleg "Soziale Marktwirtschaft" der **Konrad-Adenauer-Stiftung**
 - ehem. Wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Erfurt des HWWI und ehem. Stellv. Vorsitzender des **Wilhelm-Röpke-Institut**
- Stefan Kolev^[4]
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der Westsächsischen Hochschule Zwickau
 - Mitglied des Netzwerks [NOUS](#)
 - Stellv. Vorsitzender des **Wilhelm-Röpke-Institut**, einem Mitglied der [Jenaer Allianz](#)
 - Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied des [Walter Eucken Institut](#)
 - Vertrauensdozent der **Friedrich-Naumann-Stiftung**

Kooperationen

Die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg ist seit dem 1. Dezember 2016 wissenschaftliche Kooperationspartnerin des HWWI.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Handelskammer Hamburg übernimmt das HWWI](#), abendblatt.de vom 06.07.2016, abgerufen am 20.01.2018
2. ↑ [Profil](#), uni-wh.de, abgerufen am 20.01.2019
3. ↑ [Netzwerk](#), nous.network, abgerufen am 18.02.2017
4. ↑ [Profil](#), nous.network, abgerufen am 23.01.2019

Thomas Straubhaar

Thomas Straubhaar (* 2. August 1957 in Unterseen/Schweiz), als neoliberaler Ökonom bekannt, war bis September 2014 Direktor des [Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts](#) (HWWI). Er ist in mehreren wirtschaftsnahen Organisationen und neoliberalen Netzwerken aktiv und hat die Gründung solcher Einrichtungen als Präsident des HWWI initiiert.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	61
1.1 Initiativen zur Gründung neoliberaler Netzwerke	62
2 Verbindungen / Netzwerke	62
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	63
4 Einzelnachweise	63

Karriere

Straubhaar studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern, wo er auch promovierte und sich habilitierte. Er war Lehrbeauftragter im Aufbaustudium Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität Konstanz, Lehrbeauftragter für Wirtschaftspolitik an der Universität Basel und Stellvertreter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg im Breisgau. Ab 1992 war er Professor für

Volkswirtschaftslehre an der Universität der Bundeswehr. In dieser Zeit (von 1992 bis 1995) betätigte er sich als externer Berater der Schweizer Großbank [UBS](#).^[1] Seit 1999 ist er Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg und war zugleich Präsident des 2006 geschlossenen Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA). Im Jahr 2005 wurde Straubhaar Direktor des neu gegründeten Hamburger WeltWirtschaftInstitut (HWWI). 2014 trat er als Leiter des HWWI zurück, um sich mehr um eigene Forschungsprojekte zu kümmern.

Quelle: ^[2]

Initiativen zur Gründung neoliberaler Netzwerke

Wilhelm-Röpke-Institut

Die Gründung des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) am 23. Mai 2007 ist von Straubhaar initiiert worden.^[3] Es ist an die Thüringer Zweigniederlassung des HWWI angeschlossen. Der erste Vorstand des Wilhelm-Röpke-Instituts bestand aus:

- [Nils Goldschmidt](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), des [Walter Eucken Institut](#) und des Beirats des [Roman Herzog Institut](#) der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Metall- und Elektroindustrie
- Thomas Straubhaar, u.a. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Joachim Starbatty](#), Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums des [Walter Eucken Institut](#)
- [Mattias Wierlacher](#), Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank, Vizepräsident des [Europäischer Verband Öffentlicher Banken](#)^[4]
- [Joachim Zweynert](#), Wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Thüringen (Erfurt) des HWWI

Jenaer Allianz^[5]

Joachim Zwegert (HWWI/Wilhelm-Röpke-Institut) gehört zu den Autoren des 2008 verfassten "Jenaer Aufrufs", der zur Gründung der "Jenaer Allianz zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft" geführt hat.^[6] Mitglieder sind die folgenden wirtschaftsliberalen Organisationen:

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Bund Katholischer Unternehmer](#)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#)

Verbindungen / Netzwerke

Straubhaar ist Mitglied/Mitglied von Gremien der folgenden Organisationen (Stand: Juli 2020, Quelle: Websites der genannten Organisationen):

- NAVIS AG: Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

- **Friedrich-Naumann-Stiftung** (Tochtergesellschaft: **Liberales Institut**): Mitglied des Kuratoriums und Vertrauensdozent
- **Institut für Unternehmerische Freiheit**: Mitglied des Beirats
- **Wirtschaftsrat der CDU**: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**: Botschafter
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Mitglied
- **Wilhelm-Röpke-Institut**: Gründer
- **Roman Herzog Institut**: Experte für Ökonomie
- **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)** (von der Deutschen Post-Stiftung gefördert): Gründungsmitglied der Policy Fellows
- Verein Pro Bürgergeld: Mitinitiator
- Edmund Sievers-Stiftung: Vorsitzender des Stiftungsrats
- **Hamburger Appell**: Initiator

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ **Lebenslauf Policy Fellows des IZA**, Website IZA, abgerufen am 3. Oktober 2011
2. ↑ **Lebenslauf**, wiso.uni-hamburg.de, abgerufen am 21.07.2020
3. ↑ Website HWWI, Geschichte des HWWI, Mai 2007, abgerufen am 3. Oktober 2011
4. ↑ **Presseerklärung der Thüringer Aufbaubank vom 8. Dezember 2010: Matthias Wierlacker zum Vizepräsidenten des Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken gewählt**, Website thueringer-aufbaubank, abgerufen am 3. Oktober 2011
5. ↑ **60 Jahre soziale Marktwirtschaft**, Website 60jahressozialemarktwirtschaft, abgerufen am 3. Oktober 2011
6. ↑ **Jenaer Aufruf**, Website 60jahressozialemarktwirtschaft, abgerufen am 3. Oktober 2011